

# türkei information

Nr: 45  
Juni/Juli 1992  
3,- DM

## Kurdistan nach Newroz



**Wird die Wirtschaft der Türkei  
die Talfahrt beenden?**

\*

**DIE WIRTSCHAFTSGESCHICHTE DER TÜRKEI  
UND DIE MIGRATION**

\*

**Debatte zum Einwanderungsgesetz**

# Internationaler Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 3.-5. Juli 1992/München

## *"Das verlorene Jahrzehnt"* Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer

Der Weltwirtschaftsgipfel ist eine zentrale Institution innerhalb der internationalen Weltordnung. Er findet statt in einer durch den Zusammenbruch des Ostblocks und der Auflösung der Sowjetunion grundlegend veränderten politischen Weltlage.

Zum politischen Hintergrund des "Gipfels" gehören auch der 500. Jahrestag der Eroberung und Kolonialisierung Amerikas, die geplante Verwirklichung des EG-Binnenmarktes und die UN-Konferenz über "Umwelt und Entwicklung" in Brasilien.

Seit 1975 treffen sich die sieben Staats- und Regierungschefs der größten westlichen Industrienationen zu Absprachen über Einflußsphären, Sicherung der Rohstoffmärkte, Drogenhandel, Terrorismus. Dieser "Gipfel" der durchsetzungsfähigsten Industrienationen verfügt über keine demokratische Legitimation, bestimmt aber über die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft. Er vertritt ein Wirtschaftsmodell, daß für nur 12% der Weltbevölkerung ca. 70% des Weltbruttosozialproduktes beansprucht, 23% der weltweiten Trinkwasserentnahme, 44% des Weltennergieverbrauchs und 68% des Kraftfahrzeugbestands.

Die Folgen für die Länder in Asien, Afrika und Amerika: Finanzielle Abhängigkeit, Hunger, Verelendung, Naturzerstörung, Folter, Krieg. Zu den wesentlichen Mechanismen, die diese Weltordnung

stützen, gehören die Akkumulation finanzieller und militärisch-technischer Überlegenheit in den reichen Industrieländern. Die Hauptleidtragenden innerhalb der nach wie vor geltenden patriarchalen Strukturen sind Frauen und Kinder. Die Länder des Südens subventionieren ungewollt mit ihrem jährlichen Schuldendienst die Ökonomien des Nordens. Die "Rückzahlungen" der sogenannten Entwicklungsländer betragen ein Vielfaches der ursprünglich geliehenen Summen. Dabei ist ihr Schuldenberg jetzt größer denn je zuvor.

Die vielfache Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen macht immer mehr Menschen zu Flüchtlingen. Obwohl nur ein kleiner Teil dieser Flüchtlingsströme Europa erreicht sind sie dort von rassistischer Diskriminierung, ausgrenzenden Gesetzen und Abschiebung bedroht.

Angesichts der bisherigen Politik der "G 7-Staaten" ist anzunehmen, daß auch der diesjährige Weltwirtschaftsgipfel nichts zur Lösung der weltweiten Probleme beitragen wird. Das Überleben der Menschen und ihrer Lebensgrundlagen erfordert den Bruch mit dem vorherrschenden Produktions-, Verteilungs- und Konsummodell.

Der "Internationale Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel" will einer breiten Öffentlichkeit Einblick in die verheerenden Konsequenzen der Politik, der vom Welt-

wirtschaftsgipfel repräsentierten Weltordnung, geben. Er will Ursachen der gegenwärtigen Probleme benennen, die legitimen Forderungen der Betroffenen aufgreifen, Alternativen und Handlungsperspektiven aufzeigen und eine qualifizierte Diskussion mit authentischen Informationen in Gang bringen.

**Eröffnungsveranstaltung 3.7.92:**  
18.00 Uhr, Ludwig-Maximilians-Universität München:  
"Die neue Weltordnung, Entwicklungen in Osteuropa, die Rolle der BRD"

**4. und 5.7.92:**  
Foren mit Diskussionen in Arbeitsgruppen  
Samstag 9 - 14 h / 18 - 22 h, Sonntag 9 - 11.30 h  
Forum 1: 500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand / Demokratie und Menschenrechte  
Forum 2: Migration - Rassismus  
Forum 3: Ökologie  
Forum 4: Herrschaftssicherung und Rüstungspolitik  
Forum 5: Osteuropa und die GUS-Staaten  
Forum 6: Frauen  
Forum 7: Weltwirtschaft

**Abschlußplenum: Sonntag 12 - 14.00 Uhr**

## 4.7. Großdemonstration in München

**Auftakt: 13.00 Uhr Marienplatz, Abschluß: Odeonsplatz**

**Zur Debatte um Einwanderungs- und Asylpolitik bzw.  
das Einwanderungsgesetz der Grünen/Bündnis 90:**

# **MEHR RECHTE, MEHR ORDNUNGSSTAAT DENNOCH KEINE GLEICHBERECHTIGUNG**

Ende letzten Jahres hat die Bundestagsgruppe der GRÜNEN/BÜNDNIS 90 der Öffentlichkeit ein Gesetzespaket zur Einwanderungs- und Asylpolitik vorgelegt, in dem drei getrennte Entwürfe eines "Gesetzes zur Regelung der Rechte der Niederlassungsberechtigten, Einwanderinnen und Einwanderern", eines "Flüchtlingsgesetzes" und eines Gesetzes zur verfassungsrechtlichen Bestimmung des Bürgerbegriffs (Staatsbürgerschaft) enthalten sind. In seiner Rede im deutschen Bundestag am 20.2.1992 lieferte Konrad Weiß, Abgeordneter der Fraktion der GRÜNEN/BÜNDNIS 90, die Begründung für die Gesetzesinitiative wie folgt:

*"Die Öffnung der deutschen Grenzen für die 'grenzenlose Zuwanderung' klinge für ihn 'zwar ideal', sei aber in seinen Augen 'eine Absage an eine verantwortliche Politik'. Eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung, Menschenrechtsverletzungen und ökologische Katastrophen lassen sich nicht durch eine unkontrollierte Zuwanderung in die Bundesrepublik lösen.*

*Die Zuwanderung muß sozialverträglich erfolgen. Das heißt, sie hat die subjektive Befindlichkeit der einheimischen Bevölkerung ebenso zu berücksichtigen wie die objektiven Bedingungen des Arbeitsmarktes, des Wohnungsangebotes, der nationalen Infrastruktur. Wir haben unlängst in Ostdeutschland erlebt, daß mancherorts die Akzeptanzschwelle überschritten war, daß Sozialneid und Angst vor allem Fremden zu Gewalt und Ausländerfeindlichkeit führten."* (1)

In ihrer Gesetzesinitiative kommt also der Versuch zum Ausdruck, eine Politik der "kontrollierten", "sozialverträglichen", die "subjektive Befindlichkeit der einheimischen Bevölkerung berücksichtigenden" Zuwanderung von Arbeitsmigrantinnen und Flüchtlingen zu formulieren und als eine "neue" Lösung der Einwanderungs- und Asylproblematik in der Bundesrepublik umzusetzen.

In der öffentlichen Diskussion, und insbesondere gegenüber den Kritikern eines Einwanderungsgesetzes aus dem linken Lager, ver-

sprachen und versprechen dessen VerfechterInnen, den innenpolitischen Druck - den die in Gewalt und rassistischen Terror ausgeprägten Pogromstimmung gegen Flüchtlinge und MigrantInnen im letzten Jahr und die sich mit aller propagandistischen Mühe der staatstragenden Parteien (eben nicht nur der "rechtsextremen") und durch gezielte Berichterstattung der Medien zuspitzende Asyldebatte erzeugten - geschickt ausnützend, mit einem Einwanderungsgesetz die Lösung der "Asylproblematik" zu besitzen. Das Asyl"problem" sei in Griff zu bekommen, wenn sich für die, die eigentlich aus "ökonomischen Gründen" in die Bundesrepublik kommen, sich aber wegen der restriktiven "Ausländerpolitik" als Asylsuchende ausgeben würden, legale Möglichkeiten der Einwanderung perspektivisch anbieten würden. Ein traditionelles Argument des rechten und konservativen Lagers in der bisherigen "Asyldiskussion" - die meisten der Flüchtlinge (je nach Konsequenz im ideologisch-politischen Standpunkt sogar zwischen 80 und 95%) seien Wirtschaftsflüchtlinge - völlig unhinterfragt und unkritisch übernehmend und in die Kreise der fortschrittlichen und linken Menschen transportierend erklären sich z.B. ein Joschka Fischer oder ein Daniel Cohn-Bendit bereit, über die Änderung des Grundgesetzartikels zur "Asylfrage" mit sich (gemeint sind die GRÜNEN) reden zu lassen, wenn die Regierungsparteien im Gegenzug dazu bereit wären, ein Einwanderungsgesetz zu akzeptieren."

Zwar haben die Delegierten auf dem Bundestag der GRÜNEN am 17.5.1992 ein Einwanderungsgesetz, wie es von der Bundestagsfraktion der GRÜNEN/BÜNDNIS 90 vorgeschlagen wurde, mehrheitlich abgelehnt (2), dennoch bedeutet dies aber keinesfalls, daß damit das Thema auch erledigt wäre. Denn die Diskussion über eine Neubestimmung der "Ausländer- und Asylpolitik" mittels eines Einwanderungsgesetzes hat schon längst Einzug in die Entscheidungsinstanzen der etablierten Parteien, der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften, Kirchen und sogar in das

Haus des Bundespräsidenten gehalten.

Die 'Wirtschaftswoche' fordert schon lange ein Einwanderungsgesetz: "Die Zuwanderer sind ... ökonomisch betrachtet durchaus willkommen ... Deutschland braucht sie - als Arbeiter, Konsumenten und Stabilisatoren eines wackeligen Rentensystems ... So manche Dienstleistung wäre für uns ohne billige ausländische Arbeitskräfte längst unerschwinglich geworden." (3)

Auch die CDU-Arbeitnehmervereinigung CDA entdeckt darin gar eine "Chance der Erneuerung einer Gesellschaft". (4)

Die Tatsache also, daß etablierte Parteien und andere Träger des Systems so schnell auf die Quotenforderung des Einwanderungsgesetzes aufgesprungen sind, daß das Thema Einwanderungsgesetz von einem grün-internen Diskussions-thema zu einer in verschiedenen politischen Kreisen diskutierten Frage geworden ist, macht eine eingehende Beschäftigung und kritische Auseinandersetzung mit dieser Frage zur politischen Notwendigkeit.

Dabei wird dem Gesetzespaket der GRÜNEN/BÜNDNIS 90 die Hauptaufmerksamkeit gewidmet werden müssen, da damit die Vorstellungen von einem Einwanderungsgesetz schon jetzt in Form von Gesetzesentwürfen konkretisiert vorliegen - wohl wissend, daß in den Überlegungen verschiedenster politischer Kreise unterschiedliche Modelle eines Einwanderungsgesetzes existieren.

Im Folgenden wird dies versucht werden. Natürlich darf dabei nicht in Vergessenheit geraten, daß über die Ausrichtung der Gesetze letztendlich die politischen Kräfteverhältnisse entscheiden werden. Daß aber bei der gegenwärtigen Kräftekonstellation in Deutschland - und nicht nur im Bundestag - ein realgewordenes Einwanderungsgesetz nicht einmal die noch darzustellenden positiven Seiten der grünen Gesetzesentwürfe haben wird, müßte einleuchtend sein.

**Aus dem Gesetzespaket der GRÜNEN/BÜNDNIS 90: NIEDERLASSUNGSGESETZ: DEUTSCHE SIND GLEICHER**

Das Niederlassungsgesetz, das den ersten Teil des "Gesetzes zur Regelung der Rechte von Niederlassungsberechtigten, Einwanderinnen und Einwanderern" bildet, sieht vor, daß Einwandererinnen und Einwanderer, die bisher dem "Ausländergesetz" unterliegen, nach "5-jährigem rechtmäßigen Aufenthalt" (5) niederlassungsberechtigt sein sollen. Sie sollen einen entsprechenden Ausweis erhalten, in dem ihre Niederlassungsberechtigung eingetragen ist und der sie "Deutschen gleichstellt, soweit sich nicht aus dem Völkerrecht oder aus dem Fehlen der deutschen Staatsangehörigkeit Abweichungen zwingend ergeben." (6)

Abgesehen von der Tatsache, daß das Niederlassungsgesetz tatsächlich eine Verbesserung des rechtlichen Status der Einwandererinnen und Einwanderer in vieler Hinsicht (Sozialgesetzgebung, politische Rechte, erweiterte Berufsfreiheit, Wegfall mehrerer bürokratischer Schikanen wie den Zwang des Aufsuchens von Ordnungs- und Arbeitsämtern zum Zwecke der Verlängerung der Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis u.ä.) vorsieht, bleibt doch damit der im Paragraphen 5 formulierte Anspruch von der Gleichstellung mit deutschen StaatsbürgerInnen letztlich ein leeres Versprechen. Eine völlige Gleichberechtigung wird mit Hinweis auf das Völkerrecht oder dem Fehlen der deutschen Staatsbürgerschaft für nicht machbar gehalten. Dies wird in der Begründung des §5 folgendermaßen ausgeführt:

"§ 5 des Gesetzes enthält die Kernaussage, daß Niederlassungsberechtigte Deutschen gleichgestellt sind, soweit sich nicht Abweichungen zwingend ergeben. Dabei wird zum einen auf das Völkerrecht verwiesen, das eine Gleichstellung z.B. im Ausland verbietet. So wäre es etwa völkerrechtswidrig, wenn die deutschen Auslandsvertretungen Anspruch auf Betreuung einer/eines in ihrer/seiner Heimat inhaftierten, aber in Deutschland niederlassungsberechtigten Ausländerin/Ausländers erheben würde. Ähnliche Probleme bestehen im Bereich der Auslieferung." (7)

Daher auch wird im Niederlassungsgesetz im §6, Abs.3 die Möglichkeit der Auslieferung eines Niederlassungsberechtigten festgeschrieben. Weiter heißt es da:

"Die Gleichstellung ist auch in den Bereichen nicht möglich, in denen sich aus dem Fehlen der deutschen Staatsangehörigkeit Ab-



weichungen zwingend ergeben.

Die Grundsatzregelung des § 5 dient dazu, die Gleichstellung Niederlassungsberechtigter mit Deutschen für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens soweit wie möglich zu sichern (...) Auch im Bereich des öffentlichen Dienstes sollen Deutsche und Niederlassungsberechtigte gleichgestellt werden. Einer völligen Gleichstellung stehen jedoch Bestimmungen des Artikels 33 GG entgegen." (8), der die Ausübung hoheitlicher Befugnisse Deutschen vorbehält.

Ihre konkrete Formulierung findet die Feststellung und Auffassung der GRÜNEN/BÜNDNIS 90, daß Deutsche und EinwandererInnen unmöglich völlig gleich sein können, im die Berufsfreiheit regelnden Paragraph 7, Abs. 3 des Niederlassungsgesetzes:

"Von der Gleichstellung angenommen ist die Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse einschließlich des Richteramts als ständige Aufgabe (...)" (9)

Eine derartige Einschränkung der Gleichstellung von EinwandererInnen mit Deutschen untergräbt die politische und menschenrechtliche Notwendigkeit der völligen Gleichberechtigung. Nach wie vor werden die EinwandererInnen demnach als diesem Staat gegenüber Fremde und Nicht-Vertrauenswürdige betrachtet, denen gegenüber die Deutschen ein entscheidendes Vorrecht haben, das aus ihrem Status. Bürger des deutsch-national verfaßten Staatsgebildes zu sein, herührt.

**EINBÜRGERUNGSGESETZ**

Auch die Intention des "Entwurfs eines Gesetzes zur rechtlichen Gleichstellung der ausländischen Wohnbevölkerung durch Einbürgerung ohne das Erfordernis der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit" (Einbürgerungsgesetz) geht in dieselbe Richtung. Obwohl die Erkenntnis, daß das Erfordernis der Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft für die Einbürgerung entfallen muß, den GRÜNEN/BÜNDNIS 90 positiv angerechnet werden sollte, wird doch als zwingende Voraussetzung angesehen, daß, wer nicht im Lande geboren und nicht deutscher Abstammung ist, sich bitte schön um die Ehre der deutschen Staatsbürgerschaft bewerben muß.

Der § 1, Abs. 1 des Einbürgerungsgesetzes lautet: "Eine Einwandererin oder ein Einwanderer ist nach einem rechtmäßigen Aufenthalt von fünf Jahren im Bundesgebiet auf Antrag einzubürgern." (10)

Obwohl die alleinige Voraussetzung des fünfjährigen Aufenthaltes, die übrigens auch in den Einbürgerungsgesetzen Frankreichs, Großbritanniens, Schwedens und Hollands vorgeschrieben ist, und das Ius-Soli-Prinzip (Geburt im Lande) eine tatsächliche Modernisierung gegenüber dem bisherigen Blut- und-Rasse-Kriterium bedeuten, das mittlerweile nicht nur von den GRÜNEN/BÜNDNIS 90 sondern z.B. auch von Unternehmerverbänden als anachronistisch und für eine moderne Gesellschaft untauglich angesehen wird, wird doch damit

weiterhin das Deutsch-Sein-Wollen und nicht das Hier-Lebender-Mensch-Sein zur Voraussetzung für die staatliche Gewährung jener Rechte gemacht, um die sich die "echten Deutschen" nicht zu bewerben brauchen.

Dies drückte Dr. Lutz Hoffmann aus Bielefeld in der zweiten Anhörung zu den Gesetzentwürfen der GRÜNEN/BÜNDNIS 90, die am 31.3.1992 in Potsdam durchgeführt wurde, unmißverständlich und ziemlich offen aus, wobei der zweite Teil seiner Aussage, in dem er den EinwandererInnen eine weitergehende Funktion (als nur 'Humankapital' zu sein) zuschreibt, nämlich daß sie die Einheimischen von ihrer nationalen Beschränktheit und völkischen Fixiertheit aufs Deutsch-Sein befreien helfen sollen, in diesem Rahmen unwichtig ist: "Je rascher die Einwanderer sich als Deutsche verstehen, desto größer ist die Chance, daß dieser Name auch für die Einheimischen eine neue Bedeutung bekommt." (11)

## **EINWANDERUNGSGESETZ**

Der Artikel 3, der mit "Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rechte von Einwanderinnen und Einwanderern" (Einwanderungsgesetz) überschrieben ist, ist wohl der problematischste Teil des Gesetzespaketes, da er darauf zielt, die Einwanderung in die Bundesrepublik über Quoten zu regeln.

An dieser Stelle ist ein längeres Zitat aus dem Entwurf des Einwanderungsgesetz zum besseren Verständnis nötig:

### **Paragraph 5**

#### **Einwanderungsbewilligung**

(1) Wer sich als Einwandererin oder Einwanderer im Bundesgebiet aufhalten will, bedarf der Einwanderungsbewilligung.

(2) Die Einwanderungsbewilligung muß vor der Einreise in das Bundesgebiet schriftlich beantragt werden. In dem Antrag sind die Gründe für die Einwanderung anzugeben. Dem Antrag ist eine schriftliche Erklärung beizufügen, die die Versicherung enthält, daß der Antragsteller oder die Antragstellerin,

1. innerhalb von 3 Jahren vor der Antragstellung keinen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling im Sinne von Artikel 16, Abs.2, Satz 2, GG oder gemäß Artikel 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (...) gestellt hat, und

2. sich nicht an einer Verletzung der Menschenrechte beteiligt hat und die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 als bindend anerkennt." (12)

Wie und von wem "eine Verletzung der Menschenrechte" festgestellt werden soll, bleibt ungeklärt. Und warum ein/e Einwanderungswillige/r eine Erklärung abgeben soll, daß er/sie die "Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten" bindend anerkennt, obwohl die wirtschaftliche, militärische und politische Unterstützung seines/ihrer Auswanderungslandes durch die BRD auch ohne diese bindende Anerkennung der genannten Konvention durch dieses Land möglich ist, bleibt sehr fragwürdig - abgesehen davon, daß der bundesdeutsche Staat seine deutschen BürgerInnen mit dieser Frage auch niemals konfrontiert hat.

Es wird wohl davon ausgegangen, daß die Menschenrechtsverletzung keinesfalls aus dem Bundesgebiet stammen können, daß Deutschland eine zivilisierte Wiege der Demokratie und Menschenrechte ist und daher seine Bürger eine derartige Erklärung nicht abzugeben brauchen.

Aber Spekulationen, auch wenn sie völlig gerechtfertigt sind, sollten nun wieder den VerfechterInnen des Einwanderungsgesetzes Platz machen, da die Klarheit ihrer Sprache jegliche Spekulation über das Wie-Ist-Es-Gemeint überflüssig werden läßt. In der Begründung des § 5, Abs. 2, Ziffer 1 schreiben die Architekten des Einwanderungsgesetzes:

*"Mit der Versicherung, daß innerhalb von 3 Jahren vor der Antragstellung kein Antrag auf Anerkennung als Flüchtling gestellt wurde, soll vor allem das Grundrecht auf Asyl gesichert werden. Es gibt kein beliebiges Hin- und Herwechseln zwischen Einwanderung und politischer Verfolgung. Im Fall von politischer Verfolgung kann und darf es keine Zurückweisung geben. Im Falle des Wunsches nach Einwanderung ist eine derartige Zurückweisung jedoch zulässig. Mit der in Absatz 2 Ziffer 1 geforderten Erklärung soll darauf hingewirkt werden, daß Scheinanträge auf Gewährung von politischem Asyl unterbleiben, da diese bei einem späteren Einwanderungsgesuch von Nachteil sein können."* (13)

Die im letzten Jahr und Anfang dieses Jahres von den Regierungsparteien und der SPD mit viel Eifer und heftigst geführte Kampagne gegen Flüchtlinge (die durch die Angriffe und den rassistischen Terror gegen Flüchtlinge und MigrantInnen und die oftmals wohlwollende Zustimmung der "normalen" deutschen Bevölkerung für diese Angrif-

fe neuen Antrieb bekam), muß auch die GRÜNEN/BÜNDNIS 90 so sehr überzeugt, besser noch verblendet haben, daß sogar so weit gegangen wird, in ihre Sprache Begriffe des rechten bis faschistischen Lagers unhinterfragt zu übernehmen. Auch Konservative und Faschisten haben bisher aus propagandistischen Gründen immer betont, daß sie für die Aufnahme politischer Flüchtlinge seien, sie aber gegen "Scheinasylanträge" (die, die angeblich "Scheinanträge auf Gewährung von politischem Asyl" stellen sollen) etwas hätten.

Auch die Frage nach Einwanderungskriterien, -ministerien und -ämtern ist in diesem Gesetzentwurf von Interesse. Die Art und Weise, wie die GRÜNEN/BÜNDNIS 90 an die Problematik der Migrationsbewegungen herangehen, unterscheidet sich kaum von anderen Parteien wie etwa der CDU, CSU oder SPD und FDP. Ähnlich den genannten Parteien gehen auch die GRÜNEN davon aus, und geben dies vor, daß Migrationsbewegungen 1.) geregelt werden können und 2.) diese Regelung nationalstaatlich sein kann - wobei natürlich von allen auf die Notwendigkeit einer europaweiten Lösung hingewiesen wird. Auch CDU/CSU/FDP sind zuversichtlich, das 'Problem' in den Griff zu bekommen, indem sie neue und verschärfte "Ausländergesetze", neue Abkommen mit anderen europäischen Staaten, wie das 'Schengener Abkommen' zur totalen Abschottung Deutschlands bzw. Europas, produzieren.

Etwa in dieser Art, aber doch mit einem Willen, den deutschen Nationalstaat zu modernisieren und ihm ein menschliches Gesicht zu geben, erfinden auch GRÜNE/BÜNDNIS 90 zur Regelung der Einwanderung ein umfangreiches Regelwerk, das den Bürokratismus auf die Spitze treibt. Zunächst einmal läßt der Gesetzentwurf alle, die zu ihren Verwandten hinzuziehen, Aus-, Fort- oder Weiterbildung an irgendwelchen Schulen wollen, von einer Privatperson, von einer Organisation oder staatlicherseits eingeladen wurden, bei einem Arbeitgeber eine Beschäftigung gefunden oder etwa "eine Tätigkeit aufgenommen haben, die eine soziale und wirtschaftliche Eingliederung erwarten läßt" (14), einen Einwanderungsantrag zu stellen. Zur Entgegennahme werden in aller Welt die Botschaften ausgebaut, wo es solche nicht gibt, gesonderte Ämter eingerichtet. Die Anträge werden in Deutschland durch ein zu bildendes 'Ministerium für Einwanderung, Flucht und multikulturelle Angelegenheiten' gesammelt, bis zunächst der Bundestag im jährli-

chen Rhythmus ein Gesetz verabschiedet, daß die Zahl der Menschen festlegt, die der Gesetzgeber gewillt ist, aufzunehmen. Viele dürften es nach Lage der bundesdeutschen Verhältnisse nicht sein. Auf dieser Grundlage entscheidet dann zu jedem 1. März eines Jahres ein Bundesamt über die Höhe der Einwanderungsquote. Entsprechende Bescheide gehen in schriftlicher Ausfertigung den AntragstellerInnen zu, in der Regel wohl Ablehnungsbescheide.

Wer einen Ablehnungsbescheid bekommen hat, soll auch die Möglichkeit erhalten, von seinem Land aus gegen die Entscheidung des 'Ministeriums für Einwanderung, Flucht und multikulturelle Angelegenheiten' klagen zu können. Also werden auch die Ablehnungsbescheide rechtsstaatlich sein. (!)

Sollten die AntragstellerInnen gegen ihre massenhafte Ablehnung dann jeweils Klagen erheben, werden wohl die deutschen Gerichte alle Hand zu tun bekommen.

Das Einwanderungsgesetz sieht entsprechend der Tradition der "Ausländer"gesetzgebung in Deutschland auch einen Klausel zur Ausreise vor:

*"Eine Einwandererin oder ein Einwanderer, die oder der ausgewiesen worden ist, hat das Bundesgebiet unverzüglich zu verlassen. Das gleiche gilt, wenn die Einwanderungsbewilligung zurückgenommen wurde."* (15)

## FLÜCHTLINGSGESETZ

Um den Teil der Darstellung und Auseinandersetzung mit den konkreten Gesetzesentwürfen von GRÜNEN/BÜNDNIS 90 zum Abschluß zu bringen, wird es nötig sein, auch den Entwurf eines "Gesetzes über die Rechtsstellung von Flüchtlingen" (Flüchtlingsgesetz) und den Entwurf eines Gesetzes zur verfassungsrechtlichen Bestimmung des Bürgerbegriffs aus ihrem Gesetzespaket zu erwähnen.

Das Flüchtlingsgesetz knüpft direkt an die Diskussionen in der Solidaritätsbewegung mit Flüchtlingen an und sieht eine Erweiterung der Fluchtursachen vor, die zur Anerkennung als Flüchtling führen sollen.

Im § 1, Abs.1, Ziffer 1 heißt es da:

*"Dieses Gesetz gilt für Flüchtlinge, die aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, politischen Überzeugung, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung sowie für Menschen, die vor Völkermord, Krieg, Bürgerkrieg, Zwang zum Kriegsdienst, dro-*

*hender Menschenrechtsverletzung, Todesstrafe oder Folter geflohen sind."* (16)

Die Liste der Fluchtursachen, die hier aufgezählt werden, kann und sollte sicherlich um weitere wie z.B. ökologische Katastrophen erweitert werden; jedoch muß dieser Teil des Gesetzespakets besonders angesichts der vehementen Kampagne gegen das Asylrecht und die Flüchtlinge ausdrücklich begrüßt werden.



## 1. Exkurs DEUTSCHLAND WAR UND IST EIN EINWANDERUNGSLAND

Entgegen der staatlich aufrechterhaltenen Ideologie, Deutschland sei kein Einwanderungsland, fand in jeder Phase der deutschen Geschichte und findet nach wie vor ein Einwanderungsprozeß statt, der mittlerweile irreversibel geworden ist. Mögen die Herrschenden in der Gegenwart diesen Prozeß nicht wahrhaben wollen und ihre restriktive "Ausländer- und Asylpolitik" weiterhin fortsetzen, weil ihre Vorgänger ja mit diesem 'Problem' irgendetwas auch zurechtgekommen sind, indem sie eine Politik der Reglementierung, Illegalisierung, Kriminalisierung und während des Faschismus auch der Vernichtung verfolgt haben - die gesellschaftliche Realität der BRD und die Fakten der Geschichte sprechen eine andere Sprache.

## KURZE SKIZZE DER GESCHICHTE DER MIGRATION

Daß der deutsche Arbeitsmarkt auf "ausländische" Arbeitskräfte angewiesen ist, ist keine typische Eigenschaft der Bundesrepublik Deutschland der Nachkriegsjahre. Einen starken Arbeitskräfteimport hat es in der deutschen Geschichte nach der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer gegeben. *"Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand aufgrund fortschreitender Industrialisierung ein Arbeitskräftemangel, der zu einer organisierten Anwerbung von ausländischen Arbeitern führte. Die Beschäftigung von Auslandspolen, Ruthenen und Italienern im Kaiserreich kann als historisches Gegenstück zu den Türken, Jugoslawen und Griechen in der Bundesrepublik betrachtet werden."* (17)

Es gibt aber einen Unterschied zwischen der Beschäftigung von Arbeitsmigranten im Kaiserreich und in der BRD: Im Kaiserreich erreichte die Zahl der eingewanderten Arbeitskräfte nie das Ausmaß der Bundesrepublik. Die Anzahl der eingewanderten Arbeitskräfte betrug

1871: 206.775,

1890: 433.254,

1900: 778.735,

1910: 125.988 Menschen (18).

Der Zusammenbruch der deutschen Kriegswirtschaft, die schweren Lebensbedingungen nach dem I. Weltkrieg und die Weltwirtschaftskrise führten dann zu einer starken Rückwanderungsbewegung. 1932 gab es nur noch "108.662 ausländische Arbeiter in Deutschland." (19)

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten änderte sich dieser Trend. Die Beschäftigungspolitik des Faschismus machte von neuem den Einsatz massenhafte eingewanderte Arbeitskräfte nötig. Ihre Zahl lag "1939 bei 525.000". Während des II. Weltkrieges wurden mindestens "5,5 Millionen ausländischer Zivilpersonen und 1,5 Millionen Kriegsgefangene" (20) nach Deutschland verschleppt und als Zwangsarbeiter vor allem in der Kriegsindustrie eingesetzt.

Nach dem II. Weltkrieg, etwa ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre, setzte von neuem die organisierte Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften ein, nachdem die Millionen von Flüchtlingen bzw. AussiedlerInnen mit osteuropäischen Staatsangehörigkeiten nicht mehr ausreichten, den Arbeitskräftebedarf der deutschen Wirtschaft zu decken. Das Ergebnis dieses Einwanderungsprozesses infolge gezielter Anwerbung präzenterte die in völliger Frustration zurückgetretene Bundesbeauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, Liselotte Funcke, im März 1991 der Öffentlichkeit:

*"In der Bundesrepublik Deutschland leben knapp 5 Millionen Ausländer, davon 4,8-4,9 Millionen in den Westgebieten und zur Zeit etwa 100.000 bis 120.000 in den neuen Bundesländern. Sie machen 6,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus (im Vergleich dazu liegen die Anteile in Frankreich bei 8, in Belgien bei 9, in der Schweiz bei 16 - ohne die Saisonarbeiter - und in Luxemburg bei 23 Prozent). Dreiviertel von ihnen kommen aus den Mittelmeerlandern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Marokko, Portugal, Spanien, Türkei und Tunesien, aus denen die deutsche Arbeitsverwaltung in den Jahren 1955 bis 1973 (Anwerbestopp) Arbeitskräfte angewor-*

ben hat. Von ihnen leben über 70 Prozent seit mehr als 10, viele mehr als 20 Jahre in Deutschland; von ihren Kindern sind fast 80 Prozent bereits hier geboren..." (21)

### AUSSIEDLERINNEN SIND AUCH EINWANDERINNEN

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt der Einwanderungsbewegung, der dank der völkisch-rassistischen Bestimmung des Staatsbürgerbegriffs und eines juristischen Kunstgriffs bis dato nicht als Frage der Einwanderung behandelt wird. Die AussiedlerInnen, die nach 1945 aus ihren osteuropäischen Ländern nach Deutschland eingewandert sind und bis heute Anspruch auf Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft haben, wenn sie ihre deutsche Abstammung nachweisen können, werden nicht als "Ausländer", sondern als Flüchtlinge und Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit betrachtet und dementsprechend problemlos eingebürgert. Die faktisch existierende Einwanderung von 14 Millionen AussiedlerInnen osteuropäischer Staatsangehörigkeit seit Ende des II. Weltkrieges – fast einem Viertel der Staatsangehörigen der Bundesrepublik – wird somit geleugnet. Dies sei keine Einwanderung, sondern nur ein Statuswechsel, bei dem "Deutschstämmige aus Osteuropa in die deutsche Abstammungsgemeinschaft aufgenommen werden". Sieht man von derartiger deutschnationaler Bestimmung des Bürgerbegriffs einmal ab und betrachtet die AussiedlerInnen als das, was sie faktisch sind, nämlich EinwandererInnen, so übersteigt die Zahl der Eingewanderten in Deutschland innerhalb des Zeitraums von 1945 bis 1990 die der MigrantInnen des klassischen Einwanderungslandes USA. Während die Bundesrepublik für diesen Zeitraum eine Zuwanderung von fast 19 Millionen Menschen erlebt hat, sind in die USA – bei einem vierfachen Anteil der Bevölkerung – in dem selben Zeitraum nur 11 Millionen Menschen eingewandert.

Nun die Fakten sprechen für sich selbst: Deutschland war historisch und ist gegenwärtig ein Einwanderungsland, auch wenn die politischen Herrschenden dem keine Rechnung getragen und sich an einer restriktiven, rassistischen und kriminalisierenden "Ausländerpolitik", die in der Tradition der "Ausländerpolizeiverordnungen" der Nationalsozialisten steht, orientiert haben.

Die bundesdeutsche Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die durch die Interessen des Kapitals dazu gemacht worden ist, was sie

ist: eine Einwanderungsgesellschaft deutscher Prägung! Eine Gesellschaft, die, abgesehen von ihrer sozialen Klassifizierung, in "deutsche Bürger und Ausländer" geteilt ist, wobei die zweiten sowohl gesetzlich als auch politisch und gesellschaftlich als Menschen zweiter bzw. dritter Klasse, als eine rechtlose Manövriermasse je nach nationaler Markt- und Machtlage behandelt werden.

Die BefürworterInnen eines Einwanderungsgesetzes sind der Ansicht, daß die Herrschenden mit einem Einwanderungsgesetz gezwungen wären, die Binsenweisheit zu akzeptieren, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist. "Ein Einwanderungsgesetz könnte zur Aussöhnung der Bundesrepublik mit ihrer eigenen gesellschaftlichen Realität beitragen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland." (22) Jedoch bleiben die BefürworterInnen eines Einwanderungsgesetzes die Antwort auf die Frage schuldig, warum die Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland zwangsweise gekoppelt sein soll an ein Einwanderungsgesetz, das Menschen selektiert, über Quoten und andere Kriterien verwertbares Menschenmaterial aussondert und einwandern lassen

will und letztlich doch ein Mittel der Abschottung darstellt.

### 2. Exkurs US-EINWANDERUNGSPOLITIK EINE POSITIVE ALTERNATIVE ZUR DEUTSCHEN "AUSLÄNDER- UND ASYLPOLITIK"?

Aktuelle Stellungnahmen zur Debatte über eine Einwanderungspolitik Deutschlands orientieren sich an der restriktiven Praxis der US-amerikanischen Einwanderungspolitik. Allzu leichtfertig wird in der Diskussion über Migration auf die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada, Australien und die ehemaligen Kolonialstaaten Großbritannien und Frankreich verwiesen. Kontrastiert wird deren Realitätssinn mit der deutschen "Ausländer- und Asylpolitik", die auf einer völkischen Konstruktion beruht und Einwanderung nach dem Motto was-nicht-sein-darf,-das-nicht-sein-kann verleugnet. Jedoch stellt sich die Frage, inwiefern die klassischen Einwanderungsländer nicht auch eine gesteuerte Einwanderungspolitik betreiben, die rassistische Einwanderungsverbote ebenso kennt wie Anreize für erwünschte MigrantInnen.



Auf der Suche nach einer Antwort auf diese Frage soll an dieser Stelle kurz auf die US-amerikanische Einwanderungspolitik eingegangen werden – einerseits, weil sie als ein positives Beispiel für eine Einwanderungspolitik Deutschlands dargestellt wird, andererseits sie stellvertretend für die Einwanderungspolitik anderer klassischer Einwanderungsländer, trotz geringer Unterschiede, betrachtet werden kann.

Die Entstehungsgeschichte der USA steht in engem Zusammenhang mit dem europäischen Kolonialismus, dem damit verbundenen massenhaften Exodus aus der Alten Welt und dem Vernichtungsfeldzug der weißen Europäer gegen die UreinwohnerInnen des amerikanischen Kontinents.

Seit 1817 kennt die offizielle Sprache der USA MigrantInnen. Zwei Jahre danach wurde zur Erfassung des Ausmaßes der Einwanderungsbewegung staatlich eine Migrationsstatistik angelegt. Auf die Phase der uneingeschränkten Einwanderung (open-door-policy) bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der gezielt Bauern (Farmer) und ArbeiterInnen angeworben wurden, folgten mehrere Einwanderungsverbote für Prostituierte und Kriminelle sowie unerwünschte Personen (1875), Chinesen (1882) und Analphabeten (1917). Neben einem expliziten Verbot der Einwanderung für diese Personenkreise regulierten nationale Quoten die europäische (1921) und asiatische (1924) Einwanderung. Mitte der 60er Jahre wurde schließlich ein Einwanderungsgesetz beschlossen, das an die Stelle des seit 1924 eingeführten Quotensystems trat und die Entscheidung über Einwanderung von Qualifikationskriterien und beruflicher Ausbildung abhängig machte.

Schließlich wurde im Dezember 1990 ein Änderungsgesetz zur 'Immigration and Naturalization Act' von 1952 verabschiedet, das für EinwandererInnen eine jährliche Aufnahmequote von 700.000 Personen festlegt. Davon dürfen sich 480.000 im Zuge der Familienzusammenführung jährlich in den USA niederlassen.

Darüberhinaus haben Investoren und EinwanderInnen mit besonderer beruflicher Qualifikation ein Kontingent von 140.000. Damit ein Antrag auf ein Investor-Visum auch genehmigt wird, muß der Antragsteller eine Investition von einer Million US-Dollar in den USA tätigen, die 10 Arbeitsplätze schaffen soll.

Auch andere MigrantInnen sind willkommen: vor allem soziales Pflegepersonal und WissenschaftlerInnen.

Die Einwanderungspolitik der USA hat auch eine andere, weniger idyllische Seite: Die *immigrants*, die weder Kapital haben, noch als *human capital* den Qualifikationsanforderungen des nationalen Arbeitsmarktes entsprechen, und das ist die gewaltige Mehrzahl aller potentiellen EinwanderInnen, die zu meist aus Mexico, El Salvador, den Philippinen, Vietnam, Korea, China, Indien, Jamaika, dem Iran oder Haiti kommen, müssen entweder, wenn sie durch die Schlupflöcher der US-Grenzen den Eintritt erst einmal geschafft haben, als illegale eine menschenunwürdige Existenz fristen, oder aber sie werden schlichtweg an den Grenzen mit brutaler Polizeigewalt abgewiesen.

Ihr Schicksal ist die faktische und praktische Dokumentation jeglicher Einwanderungsgesetzgebung, die zwangsweise zur Selektion von Menschen führen muß. An der Grenze zu Mexico, die 3000 km lang ist, wird von den USA seit dem letzten Jahr eine drei Meter hohe Stahlmauer errichtet, die den reichen Norden vor dem armen Süden schützen soll.

Auch die *refugees* unterliegen in den USA einer Quotenregelung (festgelegt im 'Refugee Act' von 1980). Der US-Präsident legt fest, wieviele Flüchtlinge aus welchen Regionen kommen dürfen. Um nur ein Beispiel zu geben: Im Haushaltsjahr 1990/91 beläuft sich die Gesamtquote für *refugees* auf 125.000 Personen, von denen alleine über 55.000 aus der ehemaligen Sowjetunion und osteuropäischen Staaten kommen sollten, gegenüber ca. 30.000 aus Nah- und Fernost, 3500 aus Lateinamerika und 3000 aus Afrika.

Also kann an dieser Stelle die in der Zwischenüberschrift gestellte Frage eindeutig beantwortet werden: Nein, die US-amerikanische Einwanderungsgesetzgebung kann nicht eine fortschrittliche Alternative zur deutschen Ausländer- und Asylpolitik sein. Denn sie ist nicht minder rassistisch und an Verwertungsinteressen des Kapitals orientiert als die deutsche Ausländerpolitik.

## SCHLUSSWORT - GEGEN EIN EINWANDERUNGSGESETZ -

Die VerfechterInnen eines Einwanderungsgesetzes behaupten, ein Einwanderungsgesetz sei eines der Instrumentarien zur Lösung des weltweiten Problems von Migration und Flucht. In einem dramatischen Appell sieht Klaus F. Geiger sogar keine andere Alternative:

*"Letzlich geht es um den Versuch eines 'dritten Weges' zwischen zwei Horrorszenerarien: zwischen einer nach innen und außen aufgerüsteten, sich abschottenden 'Festung Europa', an deren Grenzen Krieg herrscht – und sofortiger Öffnung der Grenzen mit dem Resultat, daß sich eine Gesellschaft entwickelt, wo im alltäglichen Bürgerkrieg sich entscheidet, wer überlebt."* (23)

Dies ist nur ein Beispiel dafür, daß die Debatte um ein Einwanderungsgesetz hauptsächlich und ausschließlich aus der Perspektive des besitzwahrenden Europäers, bzw. Deutschen geführt wird. Wer so argumentiert, bestimmt seine Position unmittelbar auf der Seite der Regierungen der reichen Weißen des Nordens, die gemeinsam mit den Medien schon seit langem auf die EG hereinbrechende "Massen", "-Fluten" und "Ströme" diagnostizieren, die es zu stoppen bzw. zu regeln gelte. Erinnert sei hier an das Fernsehzenario 'Der Marsch', der dem Publikum suggerierte, daß sich bereits halb Afrika auf den Weg nach Europa gemacht habe. Diese geschickten und gespenstischen Zukunftsprognosen gemeinsam mit einer über Parteigrenzen hinweg als bundesdeutscher Konsens geführten Kampagne gegen das Asylrecht und gegen Flüchtlinge (die mit markigen Erklärungen – wie die von Steffen Reiche, Vorsitzender der SPD Brandenburg: *"große Flüchtlingsströme aus dem Osten können der europäischen Kultur ein Ende setzen. Sie können für Europa gefährlicher werden als die Rote Armee in der Zeit des Kalten Krieges"* – auf die Spitze getrieben wird, wobei diese Erklärungen nur die Legitimierung der rassistischen und neonazistischen Terrorwelle gegen EinwanderInnen und Flüchtlinge darstellen) (24) haben sicherlich mehrere Funktionen, von denen nur zwei genannt werden sollen:

Neben der ideologischen Konditionierung der deutschen Bürger auf eine 'positive nationale Identität' durch Abgrenzung zu den 'Anderen' bzw. 'Fremden' und der Schaffung eines 'Wir sind ein Volk'-Gefühls spielt sicherlich auch der Anspruch der bürgerlichen Demokratie eine Rolle, die Unterstützung

der Bevölkerung für technokratisch-polizeistaatliche Lösungen der Migrations- und Fluchtbewegung zu gewinnen und zu organisieren:

Neues "Ausländergesetz", Schengener Abkommen, Abschaffung des Asylrechts und nun vielleicht ein Einwanderungsgesetz.

Seit mehreren Jahren schon betreibt die Bundesregierung mit Erfolg eine völkisch-nationale Einwanderungspolitik. Sie hat es geschafft, den von Schäuble bereits 1987 prognostizierten demographischen Bedarf an jungen Menschen über die Über- und Aussiedlerpolitik kulturell homogen (heißt deutsch-national) zu kompensieren. Zweitens dienen die damit produzierten sozialen Engpässe am Arbeits- und Wohnungsmarkt zur gesellschaftlichen Stigmatisierung der viel niedriger liegenden Einreisen von Flüchtlingen. Dafür steht die Kampagne gegen Artikel 16 GG, Recht auf Asyl. Driftens konnte sie den Zustand herbeiführen, daß über parteipolitische Grenzen hinweg über völlig neue Lösungsmöglichkeiten nachgedacht wird. Dies drückt sich in den unterschiedlichen (!) Modellen eines Einwanderungsgesetzes (CDU, SPD, Grüne) aus.

Die VerfechterInnen eines Einwanderungsgesetzes verschweigen erst einmal die Tatsache, daß es keine kurzfristig befriedigende Lösung des Migration- und Fluchtproblems auf der Grundlage der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung gibt und geben kann.

Mit ca. 20 Millionen Menschen gibt die UN die Zahl derer an, die sich weltweit auf der Flucht befinden. Doch diese Zahl macht nur einen Teil des Problems sichtbar. "Hierbei werden z.B. nicht diejenigen Flüchtlinge mitgezählt, die innerhalb ihres eigenen Landes vertrieben - zum großen Teil vertriebene Landbevölkerung, die in die Slums der Großstädte abwandern. (...) Überdies wird die offizielle Arbeitsmigration nicht als Flucht gewertet." (25)

Der Großteil dieser Flüchtlinge fristet sein Dasein in den Lagern irgendeines Nachbarlandes. Die ökonomische Lage dieser Flüchtlinge, Visumpflicht und andere Hindernisse des Fluchtweges führen einen automatischen Selektionsmechanismus durch: nur ca. 5 Prozent dieser Flüchtlinge schaffen es, in ein westliches Industrieland zu gelangen und hier Asyl zu beantragen. Und die Einreise dieser gilt es durch nationalstaatliche Abschottung zu verhindern, die langfristig eine Illusion ist. Zwar ist diese Illusion



kurzfristig sowohl finanziell als auch ordnungsstaatlich durchsetzbar, indem man einmal mehr den Staat zum alleinigen Entscheidungsträger von Einwanderung oder Nichteinwanderung macht, letztendlich ist sie aber eine Einladung an einen Zustand, bei dem "an den Grenzen Krieg herrscht".

Die Befürworter eines Einwanderungsgesetzes (wobei Lafontaine und Geißler für ein Einwanderungsgesetz unter Abschaffung des Asylrechts sind) meinen auch, damit wäre ein Mehr an Humanität in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik durchgesetzt. Abgesehen davon, daß es kein Moment der Humanität in der "Ausländer- und Asylpolitik" der BRD gibt, was für einen humanitär gesonnenen Menschen feststellbar ist - außer er ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Zyniker oder eben ein schlichter Staatsfetischist - und somit ein Mehr davon durchzusetzen wäre, bleibt noch die Frage übrig, was denn an einem Kontingentierungs- und Quotierungsgesetz, das ja ein Einwanderungsgesetz nationalstaatlicher Prägung immer und überall sein muß, human sein kann. Es ist doch ein Selektionsgesetz, das Menschen nach ihrer Verwertbarkeit für die deutsche Wirtschaft in das berühmte Boot aufnimmt oder eben nicht. Daniel Cohn Bendit drückt dies offen aus:

"Damit könnte die Bundesrepublik beispielsweise festlegen, wieviele Arbeitskräfte hereingelassen werden... Die Zahl sollte zusammen mit den Arbeitskräften festgelegt werden... Eine Einwanderungsbehörde bestimmt dann, welchen Bedarf es in der Bundesrepublik gibt." (26)

Das ist Selektion von Menschen nach dem berühmt-berüchtigten Prinzip 'wertes' (verwertbares) und 'unwertes' (eben nicht verwertbares) Leben. Und auch die Grünen können schlecht beweisen, daß dieses Prinzip nun ein humanitäres sein soll!

Es wird auch behauptet, es gäbe weniger "Ausländerfeindlichkeit", wenn die Einwanderung über ein Einwanderungsgesetz für die Bevölkerung transparent gestaltet werden würde und weniger "Ausländer" zugelassen werden würden. Sieht man davon ab, daß dieses Scheinargument aus Opfern Täter macht, für den deutschen Rassismus deren Objekte als Erklärung aufführt und letztlich ihn legitimiert, ist er doch überhaupt nicht in der Lage, zu erklären, warum dann in der ehemaligen DDR soviel Rassismus hochgekrochen ist, obwohl dort (und die Verfechter dieses Arguments können die von ihnen zitierten Statistiken lesen, wenn sie nicht glauben sollten) im Vergleich zur "alten" BRD wenige "Ausländer" leben. Also ist auch diese Behauptung ein Kurz- und Trugschluß.

**In der Debatte um ein Einwanderungsgesetz gibt es einen anderen Aspekt, der unverständlich ist: nämlich, wie einige Organisationen von MigrantInnen und Flüchtlingen (wie z.B. die türkischen GDF und DIDF und die kurdische KOMKAR) auf die Schiene eines Einwanderungsgesetzes springen können, obwohl es doch von vorneherein klar ist, daß dies nur ein Instrument der Regulierung der Einwanderungsbewegung nach Interessen der herrschenden kapitalistischen Ordnung ist. Aber wiederum ist die Geschichte voll von Beispielen, wo Teile von Opfern einer bestimmten Politik den Herrschenden freiwillig, aber zumeist unbewußt, die Aufgabe der Rechtfertigung dieser Politik abgenommen haben. Sie können und sollten nur darauf verwiesen werden.**

Für andere Teile der Organisationen und Initiativen der MigrantInnen und Flüchtlinge sowie für Deutsche, die nach wie vor an der Er kämpfung eines gleichberechtigten Lebens interessiert sind, bleibt weiterhin nur

ein Weg, wenn sie nicht auf Kosten der Flüchtlinge taktieren wollen, indem sie einer kapitalistisch bestimmten Einwanderungspolitik zustimmen – um im Gegenzug einige mehr Rechte für die hier lebenden EinwanderInnen zu ergattern. Es bleibt:

- Der Kampf für die Abschaffung der reaktionären und rassistischen "Ausländer"- Sondergesetzgebung.

- Der Kampf für Gleichberechtigung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens.

- Der Kampf gegen die Verschlechterung oder Abschaffung des Asylrechtes und für die konsequente Erweiterung der anerkannten Fluchtursachen.

- Eine antimperialistische Politik, - für die fundamentale Änderung der Weltwirtschaftsordnung, die für die massenhaften Migrations- und Fluchtbewegungen verantwortlich ist und darauf mit mehr Abschottung, mehr Kriminalisierung und weiteren ordnungstäatlichen Mechanismen antwortet.

- Für das Recht der Menschen, dort leben zu können, wo sie dies wünschen.

Ein Einwanderungsgesetz als ein Quotierungs- und Kontingentierungsgesetz muß zurückgewiesen werden.

Denn "die Debatte über das Einwanderungsgesetz bedeutet ja lediglich, daß die Grenzen auf einem anderen Niveau zugemacht werden. Auch ein Einwanderungsgesetz basiert auf der Ideologie "das Boot ist voll" "(27)

Das Gesetzespaket von den GRÜNEN/BÜNDNIS 90 zur Einwanderung ist ein weiterer Versuch, mit "im Boot sitzen zu können". Dabei wissen auch die GRÜNEN, **wessen** Boot es ist!

**Jedes Einwanderungsgesetz, das – um mit den Worten von Konrad Weiß zu sprechen – "die Befindlichkeit und Akzeptanzschwelle der einheimischen Bevölkerung" beachten bzw. berücksichtigen will, kann nur ein rassistisches, auf die Interessen des besitzwahrenden Bürgers orientiertes Gesetz sein, denn wie es aussieht, ist die Befindlichkeit der übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung eine rassistische.**

#### ANMERKUNGEN

1) Bündnis 90/die Grünen: Für eine offene Bundesrepublik, S. 86–87

2) TAZ, 18.5.1992

3) zitiert n. Konkret, 11/1991, S. 13

4) CDA- Argumente: Ausländische Mitbürger, ein Gewinn für unser Land

5) 2 des Niederlassungsgesetzes, in: siehe Anmerk. 1

6) 5, a.a.O.

7) Zitiert n. Die Brücke, Januar-Februar 1992/1, S.18

8) a.a.O.

9) Niederlassungsgesetz, in: siehe Anmerk. 1

10) Einbürgerungsgesetz, in: siehe Anmerk. 1

11) Bündnis 90/ die Grünen: Für eine offene Bundesrepublik, S. 13

12) Einwanderungsgesetz, a.a.O.

13) zitiert n. Die Brücke, Jan.-Feb. 1992/1, S.19

14) 6 des Einwanderungsgesetzes, in: Siehe Anmerk. 1

15) 18, a.a.O.

16) Flüchtlingsgesetz, in: siehe Anmerk. 1

17) Wolf-Dieter Just/Anette Groth (Hrsg.), Wanderarbeiter in der EG, Mainz 1985, S. 61–62

18) Haris Katsoulis, Bürger zweiter Klasse, Ausländer in der BRD, Frankfurt 1978, S. 15

19) Knut Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, Knigstein/Ts. 1981, S. 113

20) a.a.O.

21) Bericht der Bundesbeauftragten für die Integration..., Bonn, März 1991

22) Ozan Ceyhan, Referent für Einwanderungs- und Asylfragen bei der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Grüne, Ein Schritt weiter: Einwanderungsgesetz, in: Kommune 9/91

23) Sozial Extra, Nr. 5, 1991

24) AK 335, 21. Okt. 1991, S. 6

25) Sozial Extra, Nr. 5, 1991

26) Konkret, 11/1991, S. 13

27) Albert Statz, Friedensforscher, in: TAZ, 1.11.1991



# KURDISTAN NACH NEWROZ

Berichte aus Yeni Ülke vom 19-25.4.92

Eine Delegation des Türkischen Ärztebundes berichtet:

## DIE BEHANDLUNG DER VERWUNDETEN WURDE VERHINDERT

ÄrztInnen aus Izmir, die nach Newroz an einer Delegation des Türkischen Ärztebundes in das Ausnahmezustandsgebiet teilgenommen hatten, um die Gesundheitsbedingungen dort zu untersuchen, erklärten, daß ihre dortigen Kollegen unter großen Repressionen arbeiteten. Man habe nach Newroz die Behandlung der Verwundeten verhindert und eine Trennung zwischen Hizbollah-Anhängern und Kurden gemacht. Die ÄrztInnen, die die Bezirke Batman, Diyarbakir, Sirkak, Cizre, Nusaybin und Mardin besucht hatten, berichteten, daß das größte Problem der Ärzte im Ausnahmezustandsgebiet die Verhinderung einer freien und wissenschaftlichen Ausübung ihres Berufes durch die Sicherheitskräfte sei, sei es durch starken psychologischen Druck, sei es durch Festnahmen, Folterungen und Todesdrohungen. Die Sicherheitskräfte würden versuchen, objektive Atteste bei Folterbehauptungen mit Druck zu verhindern. Die Krankenhäuser in der Region seien nicht vollständig ausgestattet und die Gärten der Krankenhäuser würden von den Sicherheitskräften als Stützpunkte benutzt. Vor allem nach Newroz seien der Transport und die Behandlung der Verwundeten verhindert worden. Die Verwundeten hätten in der Hauptsache Schußwunden gehabt oder seien unter Panzer gekommen. Ein großer Teil der Toten rührte aus der Verhinderung des Transportes her. Man habe keine Verletzten oder Toten außer Menschen aus der Zivilbevölkerung gesehen. Anhänger der Hizbollah dagegen seien von Sicherheitskräften in Zivil in die Staatskrankenhäuser und in Militärkrankenhäuser zur Spezialbehandlung gebracht worden. Das Gesundheitspersonal in der Region habe aufgrund der ständigen Repressionen nur drei Möglichkeiten: Sie müßten arbeiten wie Polizisten, sie könnten trotz der Repressionen unter eingeschränkten Bedingungen arbeiten, oder sie müßten die Region verlassen. Ein Teil der Gesundheitsangestellten befinde sich aufgrund der Repressionen in psy-



chologischer Behandlung. Wegen der von ihnen verfassten Gerichtssatteste würden sie mit Folter oder Tod bedroht.

## HUNDERTE VON FESTNAHMEN IM AUSNAHMEZUSTANDS-BEBIET

Die Staatskräfte haben bei ihren Operationen in der Region hunderte von Personen festgenommen und viele gefoltert:

Bei Razzien in 6 Dörfern im Bezirk Eruh wurden über 100 Dorfbewohner festgenommen. In einem der Dörfer sollen alle männlichen Dorfbewohner festgenommen worden sein.

Nach der Ausgangssperre im Bezirk Dargeçit am 7. April wurden 30 Personen festgenommen. Bei den Durchsuchungen, die den ganzen Tag dauerten, wurden

gelb-rot-grüne Fähnchen, die die kurdische Fahne symbolisieren, konfisziert.

Von den in Sirkak an Newroz festgenommenen 150 Personen wurden 36 Personen dem Staatssicherheitsgericht Diyarbakir überstellt. 50 Personen, die 12 der freigelassenen Personen besuchten, wurden ihrerseits festgenommen.

Zwischen dem 11. und 13. April wurden bei Razzien in sieben Dörfern wiederum im Bezirk Sirkak 70 Personen festgenommen, die meisten von ihnen HEP-Mitglieder.

Am 14. April wurden die 4 Brüder des HEP Bezirksvorsitzenden von Diyarbakir, RA Turhalli festgenommen.

Innerhalb der letzten Woche wurden in 2 Dörfern bei Mardin 9 Personen festgenommen. Das HEP Vorstandsmitglied von Kiziltepe, Acilmis erklärte zu den Festnahmen: Der Staat, der behauptet, daß es in diesem Land Demokratie und Men-

schenrechte gibt, zeigt sein wahres Gesicht, wenn einer beim Kampf getöteten Guerillera die Brüste abgeschnitten werden. Unser Gebiet ist ein Kriegsschauplatz. Es muß von einem offenen Völkermord gegen das kurdische Volk gesprochen werden.

Im Bezirk Bismil wurden 6 Personen festgenommen.

Im Bezirk Uludere wurden am 8. April 2 HEP-Mitglieder festgenommen.

Im Bezirk Beytülsebab wurden der Bezirksvorsitzende der HEP und weitere 6 HEP-Mitglieder festgenommen.

Die am 10. April in Suruc von der Jandarma festgenommenen 4 Personen behaupten, auf der Jandarmawache gefoltert worden zu sein.

Bei Operationen im Bezirk Urfa wurden 17 Personen festgenommen.

Der am Staatskrankenhaus Elazığ tätige praktische Arzt Emin Tüzün wurde am 11. April in seinem Haus festgenommen. Obwohl Zeugen dies bestätigen, wird seine Festnahme von den Zuständigen abgestritten. Seine Kollegen befürchten, daß er von der Konter-Guerilla entführt wurde....

### **POLIZEI LÄSST VOM VOLK GEFASSTE MÖRDER FREI**

Die Angriffe der Hizbollah-Kontra im Bezirk Silvan dauerten auch in der vergangenen Woche an.

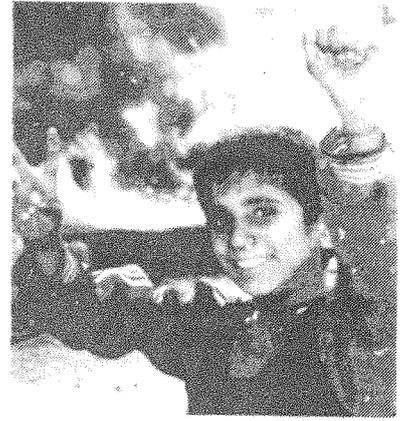
Der erste Mord in Silvan geschah am 13. April. 3 Personen näherten sich dem auf dem Nachhauseweg

befindlichen 35-jährigen Hanifi Kulu und schossen ihn von hinten in den Kopf. Nach zwei Tagen auf der Intensivstation starb er.

Bei dem am 15.4. durchgeführten Übergriff in Silvan wurde der Elektroinstallateur Abdülsamet Cicek getötet. Die beiden Mörder wurden von der Bevölkerung gefaßt.

Am 16.4. wurde in Silvan Ridvan Celebi von Hizbollah-Kontra Mitgliedern mit Maschinengewehren erschossen. Die Sicherheitskräfte sollen gegenüber diesen Vorfällen untätig bleiben, behaupten die Silvaner. Ebenso sollen drei von Silvanern gefaßte Mörder von der Polizei wieder freigelassen worden sein.

Am 15.4. betrafen einige Anhänger der Hizbollah-Kontra das Gymnasium von Batman mit Ketten, Bajonetten und Springmessern und griffen auf den Korridoren der Schule patriotische Schüler (kurdische-TI) an. Sie verletzten zwei Schüler schwer und konnten durch die Hilfe einiger Lehrer und Schüler, die Hizbollah Anhänger sind, winkend die Schule verlassen. Nach diesem Vorfall wurden in sämtlichen Schulen Batmans Razzien durch Spezialteams und Polizei durchgeführt und etwa 20 Schüler festgenommen. Patriotische Schüler, mit denen wir nach dem Vorfall sprachen, erklärten: Die Schulverwaltung arbeitet wie die zweite Adresse der Hizbollah-Kontra. Vor allem die zwei stellvertretenden Direktoren sind die Organisatoren der Hizbollah an der Schule. Während von der Hizbollah angegriffene Schüler Disziplinstrafen erhalten und von der Schule fliegen, geschieht den angreifenden Schülern überhaupt nichts. Am 16. April organisierten die



Schüler des Batman Gymnasiums einen Unterrichtsboykott und forderten den Rücktritt der Schulverwaltung.

### **HEP FÜHRER GETÖTET**

Der am 7.4. in Dargecit festgenommene HEP-Bezirksvorstand Tahir Seyhan ist infolge der Folter am 14.4. im Staatskrankenhaus Diyarbakir verstorben. Seyhan war am 7.4. bei einer Razzia im Einkaufszentrum von Dargecit von Einheiten der Sicherheitskommandantur und militärischen Teams festgenommen worden und 4 Tage später im Koma ins Krankenhaus gebracht worden. Nach offiziellen Angaben ist Seyhan an einem Gehirntrauma gestorben, doch ein Angestellter des Staatskrankenhauses sagte uns: Das ist unmenschlich, Tahir Seyhan war brutalster Folter ausgesetzt. Sein Körper war völlig zerfetzt...

An dem Begräbnis nahmen 2000 Personen teil. Alle Einzelhändler schlossen aus Protest ihrer Geschäfte, die Hohe Kommission für Religionswesen wieder.



# Reisebericht aus Türkei-Kurdistan (3.5.-8.5.92)

Nach meinem Aufenthalt in Irak/Kurdistan, nutzte ich die Gelegenheit und besuchte auf der Rückreise die Städte Cizre, Diyarbakir und Urfa in der Osttürkei.

Am späten Nachmittag erreichte ich die Stadt Cizre, nach knapp einer Stunde Taxifahrt. Bereits unterwegs wurde das Fahrzeug mehrere Male von Polizeikontrollen angehalten.

Im Hotel in Cizre hatte ich das Glück, einen perfekt deutsch sprechenden Kurden an der Rezeption anzutreffen. Als Mitglied beim Menschenrechtsverein von Cizre konnte mir S. sehr schnell erzählen, was in der Stadt und Umgebung passiert und geschehen ist. Ein Spaziergang durch die 30.000 KurdInnen zählende Stadt verbot er mir. Ich hätte sofort Probleme mit der Polizei, werde 3 bis 4 Stunden auf dem Posten verhört und wieder freigelassen. Ich beschloss, die Zeit sinnvoller zu nutzen.

S. ermöglichte mir eine Stadtbesichtigung per Auto. Es gibt kein Haus ohne Einschußlöcher. Auffallend ist, daß die öffentlichen Gebäude, Kasernen und Polizeistationen keine Einschußlöcher aufweisen. Die Sicherheitskräfte, Polizei und Militärs beklagen keine Verluste auf ihrer Seite. Die PKK hat sich nicht eingemischt am Newroz-Massaker vom 21. März.

Es fand also nie ein Kampf zwischen Polizei- und Militäreinheiten gegen die PKK statt, was die türkische Regierung versucht hat so darzustellen.

Es wimmelt von Militär; S. schätzt pro EinwohnerIn zwei Militärs.

13 Menschen haben bei den Kämpfen am 21. März ihr Leben verloren und die Repressionen haben sich seither massiv verstärkt. Täglich finden Hausdurchsuchungen statt, KurdInnen werden verhaftet.

In Sirnak, eine Stunde von Cizre entfernt, wurden über 100 Tote gezählt. Verletzte seien auf der Straße von Sonderkommandos endgültig erschossen worden. Wenn ich die Namensliste der über 150 getöteten Menschen betrachte, so muß ich feststellen, daß darunter sehr viele Frauen und Kinder sind. Menschen, die mit dem Krankenwagen unterwegs ins Spital waren, wurden teilweise während der Fahrt erschossen.

Um 18.00 Uhr werden die Läden in Cizre geschlossen, ab 20.00 Uhr sieht man keine Menschen mehr auf den Straßen. Panzerfahrzeuge

passieren. Die ganze Nacht höre ich die militärische Präsenz. Der Vernichtungskrieg gegen die KurdInnen nimmt seinen Verlauf, stärker denn je.

Wo bleibt die internationale Solidarität, wo bleibt die Unterstützung, wir wollen doch nur in Ruhe leben können... - Das werde ich immer wieder gefragt. Einmal mehr höre ich, das kurdische Volk ist die PKK, die PKK ist das Volk. Unverständnis auf meine Erwiderung, die PKK sei bei uns als Terroristenorganisation bekannt und habe zudem den Ruf sehr militant zu sein. Wenn dem so sei, dann sei das ganze kurdische Volk terroristisch, war immer die Antwort.

Am Busbahnhof in Cizre stehen Menschen um mich, sie lachen mich an, möchten etwas sagen, sie schauen sich um, wer da sonst noch steht, flüstern PKK und lachen wieder. Ich steige in den Bus, wir winken uns. (...)

Ich reise nach Diyarbakir. (...) Mein Besuch gilt dem Menschenrechtsverein. Der Dolmetscher spricht sehr gut deutsch und er führt mich zwei Tage lang durch die "Hauptstadt" von Kurdistan/Türkei, Diyarbakir. Ein Gespräch mit dem Präsidenten des Menschenrechtsvereins, Fevzi Veznadaroglu, wird ermöglicht. Er ist Anwalt und verteidigt unter anderem den Präsidenten des Vereins von Van, Yavuz Binbay. Yavuz Binbay war Anfang des Jahres in der Schweiz und informierte über die Lage in der Osttürkei. Er wurde am Newrozfest derartig zusammengeschlagen, daß er im Gefängnishospital eine Woche im Koma lag. Er ist immer noch in Haft in der Nähe von Diyarbakir.

Fevzi Veznadaroglu schildert die Lage folgendermaßen: Die Menschenrechte werden zunehmend verletzt. Die Gewalt an der Zivilbevölkerung hat seit dem Newrozfest massiv zugenommen. Es gibt einen unausgesprochenen Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Schon zwei Monate vor dem Newrozfest stationierte die türkische Regierung Militär und Panzer im KurdInnengebiet. Die Zeitungen berichteten, die KurdInnen planten einen Aufstand an Newroz. So konnte die Regierung ihr Vorgehen legitimieren - sowohl in der Türkei als auch im Ausland. Die Parteien im Parlament waren alle gleicher Meinung, daß der Aufstand bekämpft werden müsse.

Das kurdische Volk hat keinen Aufstand geplant. Das Massaker

war gut vorbereitet. Die Sicherheitskräfte schossen in Cizre, Sirnak und Nusaybin auf die schutzlose Zivilbevölkerung. Die stationierten Militärs blieben in der Osttürkei.

Die türkische Regierung hat 2 Möglichkeiten in der KurdInnenfrage. Entweder mit demokratischem Vorgehen oder mit Gewalt. Sie haben sich für die Gewalt entschieden und die wird immer stärker. Zur Zeit sind 800-1000 politische Gefangene im Gefängnis in Diyarbakir. Die Regierung betreibt keine Massenmorde wie zum Beispiel Saddam in Halabja. Die Regierung vernichtet und demoralisiert stetig und langsam das kurdische Volk. So empfindet die Weltöffentlichkeit keine allzugroße Dringlichkeit etwas zu unternehmen.

Wie steht es mit dem persönlichen Risiko? Jede/r KurdIn lebt mit diesem Risiko. Durch seine Arbeit lebt er exponierter. Die Menschenrechtsvereine werden als politische Organisation angesehen. VertreterInnen werden bedroht, verhaftet, gefoltert, ihre Büros werden bombardiert oder zwangsgeschlossen.

Trotzdem äusserte sich Fevzi Veznadaroglu optimistisch: Die Zukunft arbeitet für die KurdInnen. Er glaubt an eine Gerechtigkeit.

Nach Diyarbakir ging es weiter nach Urfa. Dort besuchte ich die HEP (Partei der Arbeit des Volkes; TI). Eine Partei die sehr nahe bei der PKK steht. Im Büro der HEP war dann auch der Onkel von PKK-Führer Abdullah Öcalan, Behcet Öcalan. Der Präsident der HEP Region Urfa, Muhsin Melek, war ebenfalls anwesend. Er war letztes Jahr im Juli für 3 Monate im Gefängnis in Diyarbakir, wegen seiner politischen Arbeit und Zugehörigkeit zur HEP.

Alle schongehörten Erzählungen wurden mir im HEP-Büro noch einmal bestätigt. Mehrere HEP-Mitglieder im Parlament seien zurückgetreten nach den schrecklichen Vorfällen am Newrozfest.

Immer wieder wurde ich gefragt, sei es in Cizre, Diyarbakir oder Urfa, wie es den KurdInnen im Irak gehe. Die Solidarität geht über Grenzen.

**Regula Fiechter, Suhr**

# "Hier herrschte bis zu diesem Zeitpunkt eine Volksfeststimmung ..."

Erklärung zur Demonstration türkischer Nationalisten und Faschisten am 16.5.92 in Bremen

Gegen "Terror, Bedrohung und Erpressung" wollte ein Bündnis türkischer Gruppen, von den rechtsradikalen "Grauen Wölfen" bis zu türkischen Sozialdemokraten in der SPD und dem türkischen Honorarkonsulat in Bremen demonstrieren. Wir haben vorher vor den Absichten dieses Bündnisses gewarnt. Nicht Völkerfreundschaft ist die Absicht der türkischen Nationalisten und Faschisten in diesem Bündnis, sondern Menschen zu trennen und sie gegeneinander auszuspielen. Wir hatten deshalb zu einer Gegenkundgebung für die Freundschaft unter den Völkern aufgerufen, an der sich etwa 200 Menschen (Türkinnen, KurdInnen, Deutsche) beteiligten. Die Kundgebung hatte einen friedlichen Charakter. Zu türkischer und kurdischer Volksmusik wurde gesungen und getanzt.

Die Demonstration der türkischen Nationalisten und Faschisten wurde angeführt vom türkischen Honorarkonsul in Bremen, Herrn Grabbe, dem SPD-Mitglied und ehemaligen Bundestagsabgeordneten der SPD, Peter Würtz, und einer etwa 30-köpfigen Gruppe von militanten und aggressiven Anhängern der faschistischen "Grauen Wölfe".

Es war diese Gruppe die den Terror auf die Straße trug. Sie führten Schußwaffen, Eisenstangen, Knüppel und Messer bei sich. Nach unseren bisherigen Erkenntnissen wurden mindestens 5 Menschen am Straßenrand, die als Kurden erkannt wurden, von diesen Kräften mit Messern und Eisenstangen angegriffen und schwer verletzt.

Obwohl starke Polizeikräfte die Demonstration begleiteten, wurden diese Angriffe nicht verhindert. Die Täter wurden nach unseren Informationen nicht festgenommen, ihnen wurden auch keine Waffen abgenommen.

Wir betonen: Das Demonstrationsgeschehen wurde von dieser faschistischen Gruppe bestimmt und nicht von anderen Gruppen in diesem Bündnis.

Obwohl die Polizei wußte, daß die Sietwalkkreuzung (der Ort der antifaschistischen Gegenkundgebung; TI) von uns nicht verlassen werden sollte, wurden die Nationalisten und Faschisten an die

besetzte Kreuzung im Schutz der Polizei herangeführt. Während die Polizei in dieser Situation mit Schlagstöcken auf Gegendemonstranten einschlug und versuchte die Kreuzung zu räumen, konnten die ersten Reihen der türkischen Faschisten ungehindert die Gegendemonstranten angreifen. Dabei wurde von den Faschisten in die Gegendemonstration geschossen und mit Steinen und Flaschen geworfen. Es wurden etliche Antifaschisten und Demokraten verletzt.

Etwa 20 Menschen auf unserer Seite wurden durch den Einsatz der Polizei erheblich verletzt. Gebrochene Finger, Gehirnerschütterungen und Platzwunden durch den Schlagstockeinsatz waren die Folge. Es gab mindestens einen Schwerverletzten durch den Polizeieinsatz auf unserer Seite. (...)

Etwa 90 Personen aus unserem Kreis wurden vorübergehend festgenommen. Bei Festnahmen wurden von einzelnen Polizeibeamten mit Schlagstöcken auf wehrlose Personen eingeschlagen und mit Stiefeln getreten. Mindestens 2 unserer FreundInnen wurden auf dem Polizeirevier mißhandelt. Einer unserer Freunde, der seit vielen Jahren als Arbeiter in Bremen lebt und herzkrank ist, wurde auf dem Polizeirevier durch Mißhandlungen erheblich verletzt.

Wir stellen mit Empörung fest: Die Polizei hat die türkischen Faschisten und Nationalisten ungehindert und geschützt an die bis dahin friedlich verlaufende Gegenkundgebung herangeführt. Dafür bestand überhaupt kein Anlaß. Hier herrschte bis zu diesem Zeitpunkt eine Volksfeststimmung.

Offensichtlich hat die Polizei sich zum Werkzeug der türkischen Nationalisten und Faschisten machen lassen.

Personen, die von den türkischen Faschisten angegriffen wurden, wurden nicht geschützt. Im Gegenteil: auch die Polizei griff die GegendemonstrantInnen an. So entstand der Eindruck: Deutsche Polizisten und türkische Faschisten Hand in Hand.

Wir verlangen, daß das Vorgehen und Verhalten der Polizei von den politisch Verantwortlichen

untersucht und verurteilt wird!

Der größere Skandal ist, daß sich viele demokratische Kräfte in Bremen dieser Provokation der türkischen Nationalisten nicht entgegengestellt haben. Wo waren z.B. die GRÜNEN? Eine Zeitung wie die 'faz' gibt den türkischen Nationalisten sogar Gelegenheit in großen Anzeigen zu werben. Die "Deutsch-Türkische Gesellschaft e.V.", der namhafte SPD-Mitglieder angehören, hat diese Demonstration aktiv unterstützt.

Wir verlangen nicht nur eine verbale Distanzierung von dieser Demonstration. Wer es als Demokrat mit Völkerfreundschaft ernst meint, muß einen klaren Trennungsstrich zu den nationalistischen und faschistischen Kräften ziehen!

Wir verlangen eine klare Aussage der Bremer SPD. Peter Würtz, der Hand in Hand mit Faschisten demonstriert, dürfte in dieser Partei nichts zu suchen haben.

Daß der türkische Staat und seine Vertreter (z.B. Konsulatsvertreter) mit den türkischen Faschisten Hand in Hand arbeiten, kennen wir aus der jüngeren Geschichte der Türkei und hat sich auch hier gezeigt.

Aber die Demonstration war kein Erfolg der türkischen Nationalisten und Faschisten. Es wurde wochenlang überregional über das Radio, über die türkischen Zeitungen und in deutschen Zeitungen für diese Demonstration unter heuchlerischen Parolen geworben. Die Veranstalter hatten "tausende von Teilnehmern" angekündigt. Obwohl viele TeilnehmerInnen mit Bussen nach Bremen angereist waren, folgten nur 300 - 400 Menschen dem Aufruf. (...)

**\*Für Völkerfreundschaft und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.**

**\*Die Zukunft gehört uns gemeinsam!**

**\*Hoch die internationale Solidarität!**

**Bündnis gegen Rassismus und Chauvinismus - St.Pauli-Str. 10, 2800 Bremen 1**

In der letzten Ausgabe der türkei information veröffentlichten wir den Beitrag "Die Einheitsfront der Ausländerfreunde steht" von Andreas aus Hamburg. Der Artikel ist Teil seiner Magisterarbeit, genau wie der nun folgende Artikel "Die Wirtschaftsgeschichte der Türkei und die Migration". Er ist eine interessante Ergänzung zu unserem zweiteiligen Artikel über die wirtschaftliche Situation der Türkei.

Wir haben den Artikel geringfügig überarbeitet, einige Zitate weggelassen und eigene Anmerkungen beigetragen. Die Nummerierung der Quellenangaben haben wir in diesem Fall weggelassen. Bei Interesse an den Quellen, mit denen gearbeitet wurde, bitten wir um eine kurze Nachricht an unser Büro in Hannover.

Die Redaktion

# DIE WIRTSCHAFTSGESCHICHTE DER TÜRKEI UND DIE MIGRATION

## Vom Vielvölker-Imperium zum Nationalstaat

Die wirtschaftliche Geschichte des Osmanischen Reiches am Ende des 19. Jahrhunderts und dem Beginn des 20. Jahrhunderts ist die Geschichte des Versuchs der Anpassung an sich verändernde wirtschaftliche Realitäten. Durch die Integration immer weiterer Teile des Osmanischen Reiches in die koloniale Weltwirtschaft des 19. Jahrhunderts war es zu einer 'halbkolonialisierten Gesellschaftsstruktur' umgewandelt worden, in der sich die damaligen Großmächte einen wesentlichen Einfluß sicherten.

Kennzeichnend für diese Zeit war, daß die Wirtschaft der Türkei vom Export von Rohstoffen und vom Import von Industrieprodukten bestimmt war. Mit Reformen versuchte das Osmanische Reich seinem Machtverlust entgegenzuwirken. Mit den 'Jungtürken' (1908 - 18) hatte sich eine Modernisierungselite entwickelt, die die ersten Schritte auf dem Weg eines nationalen Kapitalismus unternahm. Kennzeichnend für das osmanische Bürgertum war einerseits eine nicht-moslemische Handelsbourgeoisie, die durch häufige Interessensüberschneidungen mit den anderen Großmächten, quasi als Kompromiß - Bourgeoisie fungierte. Andererseits eine Bürokratenklasse, die den Militär- und Verwaltungsapparat des Osmanischen Reiches stellte.

Diese unterschiedlichen Interessenlagen spiegeln sich auch in den Grundrichtungen der bürgerlichen Ideologie der Modernisierungselite wieder. Zum einen, ein auf Freihandel ausgerichtetes Modernisierungsmodell, zum anderen,

ein auf die Entwicklung eines nationalen Kapitalismus ausgerichtetes Modell, welches sich an der protektionistischen Politik Deutschlands orientierte. Das Grundmodell ist einfach und durchzieht den Großteil der Entwicklung der Türkischen Republik: Zur Schaffung einer nationalen Wirtschaft bedurfte es einer nationalen Bourgeoisie, die eine nationale Kapitalakkumulation in Gang setzte und somit wirtschaftliches Wachstum und die erhofften Modernisierungseffekte mit sich bringen sollte.

Trotz des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches im 1. Weltkrieg schaffte die Kriegswirtschaft erste Strukturen einer modernen Volkswirtschaft, so daß die Wirtschaft bei Kriegsende, im Vergleich zur Lage vor dem Krieg, noch mehr integriert war und einen nationalen Charakter angenommen hatte.

## Migration der Minderheiten und die Ideologie des Nationalstaates

*"Anatolien war nie ein Land der Emigration. Während des 19. Jahrhunderts gab es Migration vom Osmanischen Reich zur Neuen Welt, aber diese Bewegung betraf ausschließlich die christliche Bevölkerung und hat den Ursprung meistens in den arabischen Provinzen. Die Rückdrängung des Reiches verursachte eine erhebliche Immigration nach Anatolien von Moslems die Untertanen des Russischen Reiches wurden. Eine kleinere Anzahl von Christen, hauptsächlich Griechen, zogen zu wirtschaftlich attraktiveren Handelsstädten und in die Küstenregionen. Anatolien selbst war gekennzeichnet durch eine geringe Bevölkerungsdichte, und die Mehr-*

*heit der Bewohner blieben unberührt von diesen Bewegungen. Der 1. Weltkrieg und die nachfolgenden Ereignisse (...)" nicht nur die Kriegsgeschehnisse, sondern auch "die Deportation der Armenier, die Flucht der griechischen Minderheit und letztendlich der Bevölkerungsaustausch mit den Griechen, müssen Unruhe in jeder kleinen anatolischen Gemeinde verursacht haben." (zitiert nach Keyder/Aksu-Koc; External labour migration from Turkey and its impact, Ottawa 1988)*

Das Ergebnis des 1. Weltkrieges war somit die Entmachtung und teilweise Liquidation der nicht-moslemischen Minderheit, zu der auch ein Teil der Handelsbourgeoisie gehörte.

Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches bedurfte es einer integrativen Ideologie, die wenigstens einen Teil der auseinanderstrebenden Teile des zerfallenen und zerschlagenen Reiches zusammenhielt. Der Befreiungskrieg 1920 und mit ihm die Förderung des türkischen Nationalismus, der seinen Ursprung selbst schon im Osmanischen Reich hatte, bildete die Grundlage der Gründung der Türkischen Republik in Anatolien, und verhinderte die totale Kolonialisierung des ehemaligen osmanischen Territoriums, wie es z.B. auf der arabischen Halbinsel geschah.

## Nationalstaat Türkei - Nationaler Kapitalismus (1923 - 45)

Beim Übergang vom Osmanischen Reich zur Türkischen Republik lassen sich zwei Dinge feststellen, die eigentlich für viele Formen revolutionären Übergangs gültig sein dürf-

ten, nämlich daß sich die politische Verfaßtheit des Staatswesens änderte – hier mit der Entfernung der bürokratischen Aristokratie des Osmanischen Reiches –, aber die Wirtschaftspolitik in ihrer Grundstruktur kontinuierlich verlief. Der Gestaltungsraum der Wirtschaftspolitik war bestimmt durch den "Lausanner Vertrag" von 1923, der an Zollbestimmungen von 1916 anknüpfte und keinen Schutz vor ausländischer Konkurrenz bot. Da diesen Zoll- und Steuerbestimmungen die Staatsmonopole nicht unterlagen wurden sie an privilegierte Gruppen übertragen, die die nationale Bourgeoisie bilden sollten. Die Gründung der Is-Bankasi, eine der ersten staatlichen Banken in der Türkei, stellte den Versuch dar, die Interessen in- und ausländischer Kapitalkreise mit der politischen Elite zu verzahnen. Der ausländische Partner gab das Kapital, der inländische Partner die Beziehungen zur politischen Macht. Schon auf dem Wirtschaftskongreß von Izmir (1923) kam es zur Verbindung von türkisch-moslemischen Kapitalkreisen mit der politischen Machtelite, wie sie aus dem nationalen Befreiungskampf hervorging.

Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 und dem Außerkräfttreten des "Lausanner Vertrages" kam es zu einem Wendepunkt im Verhältnis zum Weltmarkt. Bis 1929 nahm die Türkei als Rohstoffexporteur und Konsumgüterimporteur an der Weltwirtschaft teil. Damit hatte sich an den halbkolonialen wirtschaftlichen Strukturen seit dem Osmanischen Reich nichts geändert. Es handelte sich im Wesentlichen um einen Neuaufbau unter den Bedingungen einer offenen Wirtschaft.

1924/25 wurde im Agrarsektor das Produktionsvolumen der Vorkriegszeit erreicht. Es fand kein Industrialisierungsprozeß statt, sondern der Wiederaufbau, vor allem des Handwerks und der Kleinbetriebe.

Der Versuch der Ankoppelung an die Weltwirtschaft durch die Schaffung einer nationalen Bourgeoisie in Zusammenarbeit und mit der Teilhabe von Auslandskapital, sollte durch einen 'maßvollen Protektionismus' zu einer Industrialisierung der Türkei führen. Die Ersetzung der Kompradoren-Bourgeoisie durch eine türkisch-moslemische Handelsbourgeoisie etablierte zwar einen importorientierten Handelskapitalismus, zog allerdings keine Industrialisierung nach sich. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise fielen die Rohstoffpreise stärker als die Industriegüterpreise, was eine Finanzkrise in der Türkei auslöste.

Es erfolgte eine Änderung der



Grunddoktrin: Weg von der Freihandelsdoktrin, hin zu einer Abschottung der nationalen Wirtschaft (Protektionismus) – einhergehend mit erweiterter Einflußnahme des Staates auf die Wirtschaft (Etatismus). Wie in vielen nichtentwickelten Ländern führte die Weltwirtschaftskrise zu einer ersten forcierten Industrialisierungswelle in der Türkei.

Der Übergang zu einer staatskapitalistischen Industrialisierung führte zu sozialstrukturellen Verwerfungen und Veränderungen der Klassenkräfteverhältnisse in der Türkei. Zunächst trat der Staat als Investor, Organisator und Kontrolleur des Wirtschaftslebens auf. Neue Import/Export-Bestimmungen wurden eingeführt, die Kontrolle über die Devisenmärkte ausgebaut und das Auslandskapital nationalisiert. Gleichzeitig gab es eine Veränderung der Außenhandelsbeziehungen aufgrund der wirtschaftlichen Dominanz des Deutschen Reiches auf dem Balkan, hin zum Deutschen Reich.

Steigende Agrarpreise und die radikale staatliche Umstrukturierung führten zu Erschütterungen und Veränderungen im Agrar- und Industriesektor. Die Folge waren Unruhen, die durch Interventionen der Märkte aufgefangen wurden. 1934 kam es zum ersten Fünfjahresplan für die Industrie.

Bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges lassen sich die Veränderungen folgendermaßen zusammenfassen:

Die Last der Industrialisierung trugen die Weizenerzeuger und die Arbeiter. Während sich die Lage in der Handelsbourgeoisie verschlechterte, konnte sich die Lage der Bürokratie und des technischen Personals stabilisieren. Eindeutig verbessert hatte sich die Lage der Industrie und des von Staatsaufträgen lebenden Teils der Bourgeoisie. Mit dem Beginn des 2. Weltkrieges

kam es zum wirtschaftlichen Stillstand und sogar zu Schrumpfungen in den produktiven Sektoren. Dies war bedingt durch den weiteren Rückgang der Importe, der Einberufung eines Großteils der Bevölkerung zur Armee und damit steigende Verteidigungsausgaben. Obwohl kein Kriegseintritt der Türkei erfolgte, kam es zu einer Kriegswirtschaft und damit zur Rückstellung von Planstudien und Investitionsprogrammen. Ab 1942 kam es zur Lockerung der Marktkontrollmechanismen, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Bis zum Kriegsende war die Einkommensstruktur weiteren Verwerfungen ausgesetzt:

Die Einkommen aus Grundbesitz hatten sich auf Kosten der Arbeitseinkommen entwickelt. Die Profite in der Industrie auf Kosten der Löhne, der marktorientierte Bauer auf Kosten der Subsistenzbauern, die einen wesentlichen Teil der anatolischen Bevölkerung ausmachten. Durch die Vermögenssteuer, die 1942 eingeführt wurde, waren Minoritäten und Gruppen mit weniger engen Bindungen zur Machtelite zur Liquidation ihres Kapitals und Grundbesitz gezwungen, das von anatolischen Neureichen aufgekauft wurde. Die Lage der Beamten war durch staatliche Interventionen relativ stabil geblieben.

"Während der Jahre der Depression und vor allem des 2. Weltkrieges blieben die Bewohner der Dörfer und der kleinen Städte zum Großteil seßhaft. Es war überhaupt nicht ungewöhnlich, daß niemand im Dorf außerhalb seines Distriktes reiste, mit der Ausnahme, daß er die Absicht hatte, seinen Militärdienst abzuleisten. Die Mehrheit der Anatolier waren vertieft in ihre lokale wirtschaftliche und soziale Kultur." (nach Keyder/Aksu-Koc)

## Die Weltmarktintegration der Türkei (1946 - 80) Das "Modell Türkei"

Das Ende des 2. Weltkrieges ist in mehrfacher Hinsicht ein Wendepunkt. Die Wiederherstellung des Weltmarktes nach dem Kriegsende unter der Vormachtstellung der USA hatte auch Konsequenzen für die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Türkei. Die Einheitspartei CHP (Republikanische Volkspartei), die aus dem nationalen Befreiungskrieg 1920 hervorging, verlor immer mehr die Fähigkeit der Integration der Widersprüche, wie sie sich aus den ökonomischen Gegebenheiten ergaben.

Im Widerspruch zu den wohlhabenden Klassen stehende Gruppen spielten beim Verteilungsprozeß eine immer größere Rolle, d.h. wirtschaftliche und politische Anliegen dieser ökonomisch starken Gruppen mußten im politischen Prozeß immer mehr berücksichtigt werden.

Durch das Verbot von linksorientierten Parteien und Gewerkschaften wurde eine linksgerichtete Opposition ausgeschaltet, um so eine entstehende Machtalternative zu verhindern. Wirtschaftlich wurde die weitere Lockerung der protektionistischen Politik betrieben, was zum Anstieg des Außenhandelsdefizites führte, und dadurch die Wirtschaftsstruktur immer mehr auf Auslandshilfen, Krediten und ausländischen Direktinvestitionen basierte. Landwirtschaft, Bergbau, Bauwesen sowie der Ausbau der Infrastruktur traten in den Vordergrund und ein auf den Binnenhandel gestütztes Industrialisierungsprogramm trat immer weiter in den Hintergrund - das hieß selektive Industrialisierung, Rohstoff- und Arbeitskräfteausbeutung nach den Erfordernissen des Weltmarktes.

Die unterschiedlichen Interessenlagen der Bourgeoisie und der Landbevölkerung führten dazu, daß einige Fraktionen die oppositionelle "Demokratische Partei" (DP) unterstützten, während andere sich für eine Säuberung innerhalb der Regierungspartei CHP starkmachten. 1947 wurde, nach der Entmachtung inner- sowie außerparteilicher reformistisch-progressiver Strömungen, auf dem Parteikongreß der CHP ein neues Wirtschaftsprogramm festgelegt, dessen Hauptelemente die Förderung privater Unternehmen und die Einschränkung der wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates waren. Damit gab es eine Kontinuität zwischen der Wirtschaftspolitik der CHP und der oppositionellen DP. Den-

noch erfolgte 1950 der Machtwechsel zur DP, und der Beginn des Mehrparteiensystems in der Türkei.

Wirtschaftlich kam ein rascher Wachstumsprozeß in Gang, der die Krisenrezession schnell aufholen ließ. Mit der forcierten landwirtschaftlichen Entwicklung, die die Lage der marktproduzierenden Bauern verbesserte, sank der Anteil des Industriesektors. Die Türkei begann sich als Rohstofflieferant in die Weltwirtschaft zu integrieren. Mit dem Eintritt der Türkei in den Internationalen Währungsfond (IWF), die Weltbank und die OECD 1947 und den Beitritt zur NATO 1950 war sie in die Organe des internationalen Kapitalismus integriert.

Unter dem Eindruck der Rezession 1951/52, die bedingt war durch das Ende des Nachkriegsbooms und den Beginn des Korea-Krieges (an dem auch die Türkei unter UN-Kommando teilnahm) wurde die liberale Außenhandelspolitik wieder aufgegeben, aber die in Abhängigkeit befindliche Wirtschaftsstruktur blieb bestehen. Damit folgte die Türkei der wirtschaftlichen Restriktionspolitik der meisten europäischen Länder. Durch das Ersetzen des Imports durch im Inland produzierte Produkte über Devisenkontrollen und Importbegrenzung erfolgte ein Aufschwung der staatlichen und privaten Industrie.

Die "gemischte Wirtschaft" unterschied sich von der früheren staatlichen Wirtschaft durch die verstärkte Förderung des Privatsektors der Industrie.

Mit dem Erstarren der Industrie hatte sich die Lage der Lohn- und GehaltsempfängerInnen verbessert, die Verarmung nach dem Krieg wurde ausgeglichen. Dennoch läßt sich ein Rückgang des Anteils der Lohn- und GehaltsempfängerInnen feststellen und seit 1946 das sprunghafte Anwachsen einer "Puffergruppe", die unorganisierten und marginalisierten Tätigkeiten in den Städten nachging (Kleinproduktion und andere Dienstleistungen).

Im gleichen Zeitraum hatten Industriebourgeoisie und vermarktendes Handelskapital gegenüber der Bauernschaft und dem außenhandeltreibenden Kapital an Umfang zugenommen.

Die immer weiter wachsende Auslandsverschuldung führte zu Schwierigkeiten bei der Sicherung von Auslandshilfen und Krediten. Auf Empfehlung des IWF wurde 1958 eine Stabilisierungspolitik eingeleitet, die traditionellen IWF-Konzepten entsprach: Lockerung der Außenhandelskontrollen, Abwertung der Türkischen Lira, Außerkraftsetzen des "Gesetzes zum Schutz der Wirtschaft", Preiser-



höhungen und Verminderung des Haushaltsdefizites. Die damit sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen versuchte die DP über autoritäre Willkürmaßnahmen und Konzessionen zugunsten einflußreicher islamischer Kräfte unter Kontrolle zu halten. Das am 27. April 1960 verabschiedete "Ermächtigungsgesetz" hatte das Ziel der Ausschaltung der Opposition. Das Militär, das immer noch einen wichtigen Teil der Modernisierungselite darstellte und deren materielle Lage sich ebenfalls verschlechtert hatte, sah die Grundlagen der Türkischen Republik bedroht und putschte am 27. Mai 1960. Mit der Verfassung von 1961 begann eine neue Phase der Entwicklung der Türkei.

Mit dem Ende der Stabilisierungs- und Ausgleichspolitik begann ein neuerlicher, nach innen gerichteter Expansionskurs. Mit der Gründung der Planungskommission 1960 wurden wieder gezielt Fünfjahrespläne entwickelt. Mit dem steigenden Einkommensniveau der Stadt- und Provinzbourgeoisie näherten sich deren Konsumnormen denen entwickelter kapitalistischer Gesellschaften an und führten zu einem Anstieg der Nachfrage an Verbrauchsgütern. Damit mußten immer mehr der knappen Devisen für den Import von Luxusgütern bereitgestellt werden.

Diesem Dilemma versuchte sich der erste Fünfjahresplan zu stellen. Unter der Heranziehung von Auslandskapital sollte eine Inlandsproduktion der Konsumgüter vorangetrieben werden, wobei zunächst die Montageindustrie entwickelt werden sollte, die sich später zu einer modernen Industrie mit heimischen Zulieferern weiterentwickeln sollte. Die Ausbreitung dieser Industrie sollte durch die Konsumnachfrage der Bourgeoisie vorangetrieben werden. Durch das Wachstum des Reallohns bei Arbeitern und Mittelstand sollte eine Ausdehnung der Gebrauchsgüter auf alle Teile der Gesellschaft erreicht werden. Damit folgte die türkische Wirtschaftspolitik der keynesianischen Wirtschaftspolitik des Westens.

Das rasche Expansionstempo des Gebrauchsgütersektors ließ aber den Import immer weiter ansteigen. Da dem eine Schwäche des Exports gegenüberstand, war die Zufuhr großer Mengen von Auslandskapital notwendig, was ein immer weiteres Anwachsen der Auslandsabhängigkeit zur Folge hatte. Eine wichtige Devisenquelle waren die Überweisungen türkischer Arbeitskräfte im Ausland. Zwischen 1965 und 1969 betrugen die Auslandsüberweisungen 100 Millionen Dollar und stiegen in den 70er

Jahren bis auf 1 Milliarde Dollar an.

Der Versuch der Etablierung des westlichen fordistischen Regulationssystems stieß auf innere Widersprüche in der Türkei. Die Industrie orientierte sich auf den Binnenmarkt. Es wurde keine Industrie entwickelt, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig gewesen wäre. Mit der Etablierung und der Ausweitung des Binnenmarktes erfolgte die Integration traditioneller Sektoren in die kapitalistische Wirtschaftsweise. Das Interesse der Produzenten an niedrigen Löhnen widersprach dem Interesse der Ausweitung des Binnenmarktes, welches höhere Löhne erforderte. Durch die Migrationspolitik konnte, trotz niedriger Löhne, der Binnenmarkt ausgeweitet werden. Durch die innere Dynamik verschob sich das wirtschaftliche Gleichgewicht und wurde durch außerparlamentarische Interventionen wiederhergestellt.



Da sich die Situation verschärfte wurden beim Militärputsch von 1971 Streiks verboten, Tarifverhandlungen ausgesetzt und ein Lohnstopp verhängt. Die Krise, die sich in der Weltwirtschaft 1973/74 durch den Ölpreisanstieg bemerkbar machte, konnte in der Türkei bis 1977/78 verschleppt werden, wobei die Deviseneinkommen der Arbeitsmigranten eine wichtige Rolle spielten.

1977 führte die weitere Verschlechterung der Außenhandelsbilanz zur Sperrung internationaler Kredite und der IWF-Forderung nach einem weiteren Standardstabilisierungsprogramm. Die CHP-Regierung unter Ecevit verschloß sich zwar den IWF-Forderungen, hatte aber keine alternative Wirtschaftspolitik. Damit schlug die Krise auch in der Türkei durch. Schlangen vor den Geschäften, Schwarzmarkt, Anstieg des Preisniveaus, regel-

mäßige Abwertung der Lira. Dem Anstieg der Einkommen, im sich immer weiter aufblühenden Dienstleistungssektor, der die Bevölkerungszuwächse hauptsächlich in den Städten, anstelle der Industrie aufnahm, stand der Fall der Einkommen im Industriesektor gegenüber. Die Verschiebung des Lohn-/ Gewinnverhältnisses zugunsten des Industriekapitals führte zu verschärften Klassenauseinandersetzungen und der Forcierung der Konflikte von staatlicher Seite. Diese Klassenauseinandersetzungen verschärfen sich bis 1980 zur Bürgerkriegssituation.

### Die Ware 'Arbeitskraft'

In den 50er Jahren begann eine große Mobilität in der türkischen Gesellschaft, bedingt durch die Durchsetzung einer nationalen Ökonomie und der Integration in den Weltmarkt durch den landwirtschaftlichen Export. Die Umformung

der Landwirtschaft durch neue Technologie führte zu einer großen Migrationsbewegung innerhalb der Türkei. Diese Landflucht unterschied sich aber von dem europäischen Verarmungsprozeß und der Proletarisierung während der Industrialisierung im 19. Jahrhundert wesentlich. Die Abwanderung in die Städte erfolgte ohne die Aufgabe des landwirtschaftlichen Kleinbesitzes und der Kleinbetriebe. Die ökonomische Verbindung zum Land blieb und gab ein relatives Maß an Sicherheit - damit war ein Überleben in den Städten auch in marginalen und ineffektiven Tätigkeitsbereichen möglich. Die nicht stattfindende Proletarisierung war ein Stabilitätsfaktor für die herrschende Ordnung. Mit dem Export von Arbeitskräften kommt ein weiterer Stabilisierungsfaktor hinzu, der die massive Arbeitslosigkeit dämpfte.

Rechtlich wurde die Migration mit der Verfassung von 1961 möglich, als die Reisefreiheit Grundrecht wurde. Zwischen 1956 und 1961 gab es erste Ansätze einer Migration, die eigentlich der Qualifizierung der Industriearbeiterschaft dienen sollte.

Gedacht war an eine zeitlich begrenzte Ausbildung für Austausch-Arbeitskräfte und die Rücksendung ausgebildeter Arbeitskräfte zur Förderung des industriellen Wachstums. Mit dem Fünfjahresplan von 1961 und dem bilateralen Abkommen zwischen der Türkei und der BRD 1961, sollte die unkontrollierte Ausweitung der Migrationsbewegung in Bahnen gelenkt werden und durch die Institutionalisierung der Migration deren Unterwerfung unter die Interessen der BRD und der Türkei sichergestellt werden.

So erfolgte die Anwerbung durch das türkische Arbeitsamt und das deutsche Anwerbungsbüro in Istanbul. Mit der Einführung eines besonderen Wechselkurses für im Ausland Arbeitende sicherte sich die türkische Regierung den Zugriff auf die Devisen der Arbeiter. Durch die von deutschen Arbeitgebern eingerichteten Arbeiterunterkünfte wurde die zum Großteil männliche Arbeitskraft durch einen zwangs-

mäßigen, reglementierten Lebensstil dem Fabrikregime und den Arbeitsbedingungen Deutschlands unterworfen.

Mit dem Anwerbestopp 1973 änderte sich die Zusammensetzung der Migranten. Während bis dahin fast ausschließlich männliche Arbeitskräfte die Türkei verließen, setzte sich die Migration zunächst durch die illegale Einreise über Touristenvisa fort. Die anhaltende Arbeitslosigkeit und die sich verstärkenden politischen Unruhen in der Türkei, verstärkt durch die weitere Verschärfung der Gesetze, die die MigrantInnen betrafen, im Jahre 1974, förderten einen verstärkten Nachzug von Familienmitgliedern, was zu einem Anstieg der MigrantInnen unter 18 Jahren führte. Mit der Verschärfung des Verbotes weiterer Anwerbung 1978 und der Einführung des Visumzwangs stieg dann auch die Zahl der Asylantragsteller.

Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 stellten bis Oktober 1991 knapp 180.000 Türkinnen, bzw. KurdInnen aus der Türkei in der BRD einen Antrag auf politisches Asyl. Allerdings wurden nur etwa 8.000 dieser Anträge anerkannt.

1981 entsprachen die Einnahmen aus dem gesamten Export der Türkei ungefähr den Überweisun-

gen der ArbeiterInnen im Ausland. 1984 war das Verhältnis 1 : 4,5. Das heißt, die Arbeitskräfte in Europa verlieren an Wichtigkeit für die türkische Wirtschaft. "Der neue Agent der Modernisierung ist der Bauarbeiter, der von einer türkischen Firma in Lybien eingestellt wurde."

In dieser Zeit kommt es zum Stillstand der Arbeitsmigration nach Europa, und zum Anstieg der Arbeitsmigration in den Nahen und Mittleren Osten, sowie dem Anstieg der türkischen Firmen in dieser Region.

Mit dem "Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft" (1984) und dem "Abkommen über Wohnungsbaukredite" (1986) migriert eine größere Gruppe von Deutschland in die Türkei. Diese 'RückkehrerInnen' hatten aber kaum Auswirkung auf die industrielle Produktion in der Türkei. Es bestand eine Tendenz zur Selbstständigkeit und der Investition in Häuser, Eigentumswohnungen, Landbesitz und Kleingewerbebetriebe. Die wesentlichen Rückkehrgründe waren entweder die "Rückkehr wegen Scheiterns" oder die "Rückkehr wegen geplanten Ruhestands". Entwickelt hat sich ein "proletarisches Bürger-tum", das von Renteneinkommen lebt.



# WIRD DIE WIRTSCHAFT DER TÜRKEI DIE TALFAHRT BEENDEN (2.Teil)

## Die Bedeutung der Wirtschaftspolitik der DYP-SHP Regierung

Wir werden uns im zweiten Teil unseres Artikels mit den Schritten der neuen Regierung beschäftigen, die zur Überwindung der im ersten Teil erwähnten Probleme dienen sollen.

Das erste, was hinsichtlich der Wirtschaftspolitik der DYP-SHP Koalitionsregierung (zweier Parteien, die sich im Grunde seit etwa 50 Jahren kontrovers gegenüberstehen und deren Auseinandersetzungen immer wieder zu Regierungskrisen führten) gesagt werden muß, ist folgendes:

Das Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung unterscheidet sich in seinen allgemeinen Zügen und Eigenschaften nicht grundsätzlich von dem Wirtschaftsprogramm der Militärregierung nach 1980 und der folgenden ANAP-Regierungen. Hinsichtlich der Ziele der Wirtschaftspolitik, ihrer allgemeinen Ausrichtung und ihres Charakters gibt es keinen Bruch zu der Wirtschaftspolitik, die seit 10 Jahren verfolgt wird. Weder wird so etwas von der Bourgeoisie erwartet, noch hat die Regierung eine solche Absicht.

Obwohl dem so ist, wird aber deutlich, daß die neue Regierung einen anderen Weg als die vorherigen Regierungen einschlagen wird, was die Art und Weise der Umsetzung der Wirtschaftspolitik, die Mittel zur Erreichung festgesetzter Ziele, die Verteilung der Ressourcen unter der Bourgeoisie, die Beziehungen, die zwischen der Wirtschaftspolitik und den mittleren Klassen und werktätigen Massen hergestellt werden müssen, anbelangt. Die politische und gesellschaftliche Situation in der Türkei macht es für die Herrschenden und Regierenden im gegenwärtigen Stadium zwingend, zwar nicht die Hauptausrichtung der Ökonomie zu verändern, aber doch in sekundären Bereichen neue Regelungen und Maßnahmen zu beschließen. Das "Reformpaket" der Koalitionsregierung für die Wirtschaftspolitik ist Ergebnis dieses Zwanges.

Wenn wir uns das wirtschaftspolitische Programm der neuen Regierung in einigen allgemeinen Punkten anschauen und uns die zu lö-



senden Probleme betrachten, ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

1) Die vorgesehenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Regierung sind weit davon entfernt, die fehlende Kapitalanhäufung als einen strukturellen Mangel der Bourgeoisie zu beheben. Daher ist die Türkei auf Auslandskredite angewiesen. Nach wie vor wird man einen nicht geringen Teil des nationalen Einkommens an die imperialistischen Monopole transferieren müssen. Der Würgegriff der Auslandsverschuldung ist eine der Hauptursachen dafür, daß es der Türkei nicht gelingt, einen weitgehenden Fortschritt in der Industrie, im Bankwesen, im Export, in der Landwirtschaft und in der Technologie zu erreichen. Staaten wie die USA und Deutschland sowie Institutionen wie der IWF und die Weltbank fordern von der Türkei, daß sie ihre Auslandsschulden regelmäßig abbezahlt, und erwarten, daß die türkische Wirtschaft nach diesem Kriterium gesteuert wird. Es ist bekannt, daß die Türkei zur Zeit keine ernsthaften Schwierigkeiten hat, die Auslandsschulden abzuführen. Die neue Regierung verfügt über keine Politik, die den Würgegriff der Auslandsschulden brechen könnte. Im Unterschied zu vorherigen Regierungen wird deutlich, daß die neue Regierung die neuen Auslandskredite produktiver zu investieren gedenkt. Ob sich diese Absicht auch realisieren läßt oder nicht, ist noch unklar.

2) Die Begleichung der Auslands- und Binnenverschuldung wird auch 1992 in großem Maße an den zur Verfügung stehenden Ressourcen der Türkei zehren. Trotzdem will die neue Regierung über die Intensivierung der Subventionen für Investitionen ein größeres Wachstum als im Vorjahr erzielen.

Die DYP-SHP Koalition hat erneut eine Politik aufgenommen, die nach 1980 aufgegeben wurde. Das ist die Politik des Protektionismus.

Die Demirel-Regierung hat mit einem Kabinettsbeschuß im Februar die Zölle bei der Einfuhr von etwa 80 verschiedenen Waren erhöht. Die vorherigen Regierungen hatten den Import weitgehend liberalisiert und so die einheimische Industrie zur Konkurrenz mit ausländischen Waren im Binnenmarkt gezwungen. Mit dem neuen Beschluß werden einige Sektoren, angefangen bei der Automobil- und Textilindustrie, vor ausländischer Konkurrenz weitgehend geschützt, genauso, wie es zu Zeiten der importsubstituierenden Wirtschaftspolitik vor 1980 war. Diese Politik soll zur Verstärkung der Investitionen in diesen Sektoren und zur Erhöhung der Produktion führen, wovon die neue Regierung sich wiederum einen positiven Einfluß auf die Wachstumsraten erhofft. Es ist fragwürdig, ob protektionistische Maßnahmen für Sektoren, die wegen technologischer Rückständigkeit mit ausländischen Firmen nicht konkurrieren können, dazu dienen werden, die strukturellen Mängel der türkischen Wirtschaft zu beheben. Die Zukunft dieser neuen Politik hängt auch davon ab, wie

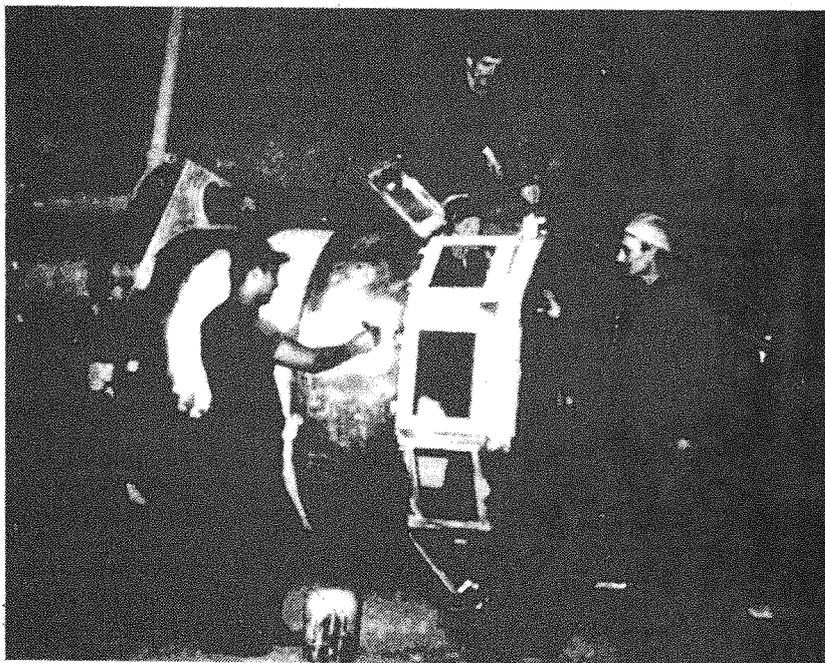
der IWF und andere Institutionen sich dazu verhalten werden. Obwohl bis zur Abgabe dieses Artikels noch keine Reaktion dieser Institutionen bekannt wurde, kann davon ausgegangen werden, daß sie dieser Politik nicht wohlwollend gegenüber stehen werden. Es ist ebenfalls bekannt, daß auch das ausländische Kapital und deren einheimischen Partner, die in den genannten Sektoren Investitionen getätigt haben, den Beschluß nicht begrüßen.

3) Die Politik der neuen Regierung hinsichtlich der KIT's (staatliche Betriebe mit Monopolstellung), die bei der Entwicklung der türkischen Wirtschaft – auch wenn dies eine vom Ausland abhängige Entwicklung ist – eine wichtige Rolle gespielt haben, entspricht ebenfalls nicht den Erwartungen des IWF und bestimmter Teile der Bourgeoisie der Türkei. Nach dem seit dem 24. Januar 1980 praktizierten und als Freie Marktwirtschaft betitelten Modell müßten die KIT's privatisiert werden. Die ANAP-Regierungen hatten unter dem Druck des IWF den Verkauf der KIT's geplant. Einige der KIT's wurden sogar an ausländische Firmen verkauft. Die meisten wurden auf den Verkauf vorbereitet. Die alte Regierung wollte auch einige KIT's stilllegen.

Diese als Privatisierungspläne sind mit der neuen Regierung ins Stocken geraten. Während die rechtskonservative "Partei des rechten Weges" (DYP) sich für die Privatisierung ausspricht, lehnt die "Sozialdemokratische Volkspartei" (SHP) die Privatisierung der KIT's ab. Die unterschiedlichen Positionen beider Parteien konnten in der Phase der Bildung der Koalition nicht aufgehoben werden, so daß sie sich letztendlich auf einer Zwischenformel geeinigt haben, die mit dem Wort 'Autonomisierung' umschrieben wird. Demnach sollen die KIT's keine direkten Staatsunternehmen mehr sein, aber dennoch ihre Aktivität als AG's oder Holdings unter staatlicher Kontrolle fortsetzen. Sie werden relativ autonom werden und sich den Gesetzen des Marktes unterziehen.

Die Durchsetzung und der Erfolg dieser Lösung ist ziemlich infrage gestellt, besonders weil der IWF und die Großbourgeoisie dies ablehnen. Vor allem ist 'Autonomisierung' und allmähliche Privatisierung auch hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Folgen ziemlich fragwürdig. Um zu erreichen, daß die Staatsmonopole rentabler wirtschaften, muß man neben anderen Maßnahmen vor allem die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten ArbeiterInnen drastisch verringern. Die Zusam-

mensetzung der Kräfte, auf die sich die neue Regierung stützt und mit deren Stimmen sie die Regierungsmacht bekam, ist auf weitgehende Massenentlassungen nicht vorbereitet. Auch die Regierung möchte einen Zuwachs der Arbeitslosenzahlen, die sowieso ziemlich hoch sind, nicht riskieren. Das Ziel, die KIT's rentabler zu machen, widerspricht dieser Lage. Für einen harten Privatisierungskurs wie im England der Thatcher-Ära ist die Türkei weder politisch noch gesellschaftlich bereit. Jedoch hängt die weitere Integration der türkischen Wirtschaft in den Weltmarkt auch von der Privatisierung der KIT's ab. Die gegenwärtige Koalitionsregierung verfügt noch über kein Konzept, um diese Spannung zu lösen.



4) Es wird nicht angenommen, daß die neuen Maßnahmen der Regierung zur Drosselung der Inflation in Kürze positive Ergebnisse hervorbringen. Es sieht so aus, daß hohe Inflationsraten als eines der wichtigsten Probleme der Wirtschaft weiterbestehen werden. Obwohl Ministerpräsident Demirel die Inflation "zu einem der zwei wichtigsten Feinde der Türkei" (der andere soll der "Terror" sein!) erklärt hat, werden die neuen Maßnahmen keinen kurzfristigen Erfolg gegen sie bringen.

Während die alten Regierungen die Inflation allein über Geldpolitik zu stoppen versuchten, setzt die neue Regierung auch andere Mittel ein. Sie bereitet sich z.B. darauf vor, statt die Nachfrage zu drosseln die Produktion zu subventionieren, neue Subventionen für Investoren und Exporteure zur Verfügung zu stellen, die Steuereinnahmen zu er-

höhen und über die 'Autonomisierung' die KIT's rentabler zu machen.

Auch diese Maßnahmen werden andere Probleme in der Wirtschaft verursachen. Z.B. werden verstärkte Subventionen für Investitionen, Export und Produktion bedeuten, daß die Wirtschaft von einer Zentrale gelenkt wird. Eine solche Situation wird die Verfechter einer "reinen" Freien Marktwirtschaft stören. Wiederum werden Anreize für Investitionen und Produktion die Nachfrage nach Krediten bei einer Wirtschaft mit Ressourcenmangel beleben. Dies wird zur Erhöhung der Zinsen und zur Wertzunahme von ausländischen Währungen (Devisen) führen.

Kurz gesagt, haben auch die Maßnahmen zur Drosselung der Inflationsraten große Mängel. Sie werden einen kurzfristigen Erfolg der DYP-SHP Koalition verhindern.

5) Auch die Maßnahmen der neuen Regierung zur Aufhebung der großen Kluft in der Einkommensverteilung sind problematisch.

Die Politik der neuen Regierung, die in diesem Bereich verfolgt wird, kann mit 3 Beispielen erläutert werden:

a) Mit einem Kabinettsbeschluß im Januar wurden die Schulden der Kapitalisten in der Landwirtschaft sowie der Bauern an den Staat gestrichen. So wurde für eine Atempause in der Landwirtschaft gesorgt. Neben dieser Maßnahme bereitet sich die Regierung darauf vor, die Großproduzenten in der Landwirtschaft und die Bauern über ver-

schiedene Maßnahmen (z.B. billige Kredite, Subventionen etc.) zu unterstützen.

b) Die Tarifverhandlungsordnung wurde im Vergleich zu früher gelockert. So wurde die Möglichkeit geschaffen, daß ArbeiterInnen die Chance der Erhöhung ihrer Löhne erhalten. Es muß an dieser Stelle hinzugefügt werden, daß jegliche Lohnerhöhung in der Türkei von der Inflation sofort aufgefressen wird.

c) Die Regierung hat die Löhne für Beamte und Angestellte in staatlichen Betrieben (Gewerkschaftsbildung war für diese Lohnabhängigen verboten, dies soll zukünftig möglich gemacht werden) erhöht.

Jedoch reichen diese Erhöhungen der Einkommen der Arbeit und in der Landwirtschaft keinesfalls aus, die große Kluft in der Einkommensverteilung zu beheben. Die Erhöhung des Anteils beider Sektoren am nationalen Einkommen um ein bis zwei Punkte wird nicht ausreichen, um das gesellschaftliche Gleichgewicht neuzugestalten. Zusätzlich reagiert die Großbourgeoisie ziem-



lich vehement auf Lohnerhöhungen für ArbeiterInnen und übt deswegen Druck auf die Regierung aus. Wie lange die neue Regierung diesem Druck widerstehen wird, ist fraglich.

6) Die Koalitionsregierung DYP-SHP versucht, ein neues Gleichgewicht zwischen denjenigen zu schaffen, die zur Partei der herrschenden Klassen und Schichten gehören. In einer Hinsicht versucht sie, die Basis des Bündnisses der herrschenden Klassen und Schichten zu erweitern, deren Zusammensetzung mit den wirtschaftspolitischen Maßnahmen vom 24. Januar 1980 und den politischen Maßnahmen des Militärputsches und nachfolgender Regierungen verengt wurde. Dieses Problem, das sowohl eine ökonomische als auch eine gesellschaftliche Dimension hat, gehört zu den Hauptproblemen der neuen Regierung.

Da dieses Thema sowohl die Regierung als auch die nahe Zukunft der Türkei direkt betrifft, ist es nötig, darauf länger einzugehen.

Die bis 1980 praktizierte Wirtschaftspolitik, die auch "importsubstituierendes Wirtschaftsmodell" (neokolonialistische Politik des Imperialismus; Export von Rohstoffen bei Ersetzung des Imports durch Produkte, die im Inland produziert werden) genannt wurde, hatte einen besonderen Block herrschender Klassen und Schichten geschaffen, in dem die Monopolbourgeoisie, Großgrundbesitzer, Großhändler und prä-kapitalistische Elemente Platz fanden. An diesem Bündnis war auch der Imperialismus über die Monopolbourgeoisie, mit der er kollaborierte, beteiligt. Bestimmender Teil des erwähnten Bündnisses war das Monopolkapital. In allen Fragen von der Ökonomie bis hin zur Kultur wurden bei Entscheidungen die Interessen aller Teile dieses Blocks in Erwägung gezogen und berücksichtigt. Zumindest wurde dies versucht. Eingriffe von oben, die auf Gewalt basierten (wie die Putsche von 1960 und 71) und auf die Einengung der Zusammensetz-

ung des Bündnisses der herrschenden Klassen und Schichten zielten, konnten nicht zum vollen Erfolg führen. Jedoch hatten diese Eingriffe jedesmal zur Erhöhung des Einflusses der Monopolbourgeoisie und imperialistischer Mächte im herrschenden Block beigetragen. Die politische Ordnung der Türkei änderte sich je nach Lage der Auseinandersetzungen zwischen diesen Kräften. Die Perioden, in denen eine Übereinkunft unter den Kräften des herrschenden Blocks erzielt wurde, waren Zeiten, wo demokratische Rechte und Freiheiten – wenn auch begrenzt – existierten, in denen das Parlament eine größere Rolle spielte. In den Jahren, in denen diese Kräfte in heftige Auseinandersetzungen verwickelt waren, hatte der Staat immer eine Repressionspolitik praktiziert. Der Begriff Demokratie hatte in der Türkei nur im Zusammenhang mit diesen Auseinander-

setzungen zwischen den Kräften des herrschenden Blocks eine Funktion. Der Grund dafür, daß Regierungswechsel in der Türkei in der Regel nicht auf friedlichem Wege sondern mit Gewalt vollzogen werden, liegt im kontroversen Charakter der Oligarchie (dem Bündnis der herrschenden Klassen und Schichten). Die Interessenkämpfe im Bündnis und deren Lösungsformen haben die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Prozesse in der Türkei schon immer beeinflusst.

Mit dem Militärputsch von 1980 haben politische und gesellschaftliche Kräfte ihr Ziel erreicht, die Zusammensetzung des herrschenden Blocks allein auf das Monopolkapital zu beschränken und die anderen, vorher zum herrschenden Block gehörenden Kräfte, auszuschließen. Die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen nach dem Putsch führten dazu, daß die Großbourgeoisie allein über die Wirtschaft und den Staat das Sagen hatte. Politische Strömungen, die die Kräfte repräsentieren konnten, die aus dem herrschenden Bündnis ausgeschlossen wurden, wurden verboten; das Parlament wurde zu einem funktionslosen Organ degradiert usw.

Kurz gesagt, wurden die ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Prozesse in den letzten 12 Jahren nach dem Interesse des Imperialismus und des Monopolkapitals neubestimmt, – geordnet und institutionalisiert.

Die Kräfte (z.B. Industrielle), die allein zur Befriedigung der Nachfrage im Binnenmarkt produzierten, verloren in den letzten 12 Jahren an Gewicht. Viele Firmen, die für den Binnenmarkt produzierten, gingen konkurs. Ebenfalls betroffen waren Banken und Bankiers, was aber nicht die Bedeutung des Finanzkapitals geschwächt hat. Die ANAP-Regierungen haben alles daran gesetzt, um diese nach dem Militärputsch entstandene neue Situation zum Dauerzustand zu machen.

Die DYP-SHP Koalition hingegen strebt eine Beteiligung der auf den Binnenmarkt orientierten Kräfte (Großgrundbesitzer, Industrielle, die für den Binnenmarkt produziert haben, etc.) an den Entscheidungsmechanismen über die Ökonomie und den Staat an. In einer Hinsicht versucht sie, einen Konsens zwischen verschiedenen Teilen der Bourgeoisie zu erreichen und auf diesem Wege die Zusammensetzung des herrschenden Blocks zu erweitern. Natürlich zielt sie auch auf eine Bündnisstruktur, bei der die entscheidende Rolle nach wie vor dem



Imperialismus und dem Monopolkapital vorbehalten ist.

Hinter den wirtschaftlichen Maßnahmen der neuen Regierung steckt auch dieser Grund. Z.B. die Streichung der Schulden der Agrarriesen und der Bauern im Januar und die Amnestierung der Steuerschulden der Unternehmer im Februar sind Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang einen Sinn haben. Interessant ist, daß Staatspräsident Özal sein Veto gegen diesbezügliche Gesetze einlegt. Aber letztlich wird das passieren, was die Regierung sagt.

Es ist trotzdem fragwürdig, ob die neue Regierung über derartige Maßnahmen eine Erweiterung der Zusammensetzung des herrschenden Blocks erreichen wird und kann. Vor allem werden imperialistische Staaten, IWF und Weltbank der Erweiterung der Zusammensetzung des herrschenden Blocks aus verschiedenen Gründen nicht wohlwollend gegenüber stehen. Zweitens sind diejenigen Kräfte, die die neue Regierung wieder ins herrschende Bündnis integrieren will, kraftlos – sie sind finanziell geschwächt. Nach den Militärputschen von 1960 und 71 war es möglich, diese Kräfte von neuem ins herrschende Bündnis aufzuneh-

men, da sie nach wie vor eine wirtschaftliche Kraft darstellten.

Es ist unmöglich, daß nun eine Zusammensetzung des herrschenden Blocks erreicht wird, wie sie vor 1980 existierte. Auch die neue Regierung zielt eigentlich nicht darauf ab. Die Regierung möchte hauptsächlich, daß die landwirtschaftlichen Kapitalisten und Industrielle, die für den Binnemarkt produzieren, neben dem Monopolkapital das herrschende Bündnis bilden und so dessen Struktur erweitert wird. Der Grund dafür, daß die Regierung die Einfuhr von Waren erschwert hat, ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die Erweiterung der Zusammensetzung des Bündnisses der herrschenden Klassen und Schichten wird nicht sehr einfach werden. Vor allem wird sich die Großbourgeoisie solchen Versuchen widersetzen, die gemeinsam mit einigen Gewinnern der Wirtschaftspolitik der letzten 12 Jahre über den wirtschaftlichen Weg entscheidet und daneben den größten Anteil am nationalen Einkommen hat. Zweitens bilden die Höhe der Kreditzinsen und technologischer Rückstand ein unüberwindliches Hindernis davor, daß die Industriellen und Großgrundbesitzer

über Neuinvestitionen stärker werden können. Je niedriger die Kosten der Arbeit in der Türkei sind, desto höher sind auch die Kosten des Geldes. Wer seine Investitionen erweitern oder neu investieren will, muß an die Banken ziemlich hohe Zinsen für die Kredite abführen. Diese Situation wirkt investitionshemmend.

Ob die Regierung in diesem Bereich Erfolge vorweisen kann, hängt von der Herabsetzung der Kosten von Krediten ab. Dies wiederum hängt eng mit der Inflation zusammen. Und alle wissen, daß es kurzfristig unmöglich ist, die Inflationsrate auf eine einstellige Zahl zu reduzieren.

Unter diesen Umständen werden ein Anstieg der Investitionen und der Produktion, aber auch die Stärkung der Industrie und der Landwirtschaft, nur dadurch erreicht werden können, daß öffentliche Mittel in großen Mengen dafür zur Verfügung gestellt werden. Dies wiederum wirft von neuem ein bereits erwähntes Problem auf: die Stärkung der Rolle der KIT's in der Wirtschaft. Aber sowohl die Regierung als auch der IWF wissen die Notwendigkeit dessen, daß die Rolle der KIT's als Überreste des Staatskapitalismus in der Wirtschaft geschwächt werden müssen. Der Fortbestand der KIT's in dieser Form widerspricht der Logik der Freien Marktwirtschaft, so daß die Integration der türkischen Wirtschaft in die imperialistisch-kapitalistische Welt verzögert wird.

Wie man sieht, hat die neue Regierung große Probleme, die Wirtschaft des Landes neu zu ordnen.

Zu diesen Problemen kommt ein weiteres:

In den letzten 12 Jahren haben die größten Einbußen die werktätigen Klassen und Schichten erlitten. Jedoch erlaubt die Lage der Wirtschaft keine Besserung ihrer Lebenssituation. Auch die neue Regierung, die im Gegensatz zu den ANAP-Regierungen auch die Zustimmung der Gesellschaft für ihre Politik will, wird keine weiteren Lohnerhöhungen für Arbeiter und Beamte zulassen können. Das bedeutet:

Die Kosten der strukturellen Mängel der türkischen Wirtschaft und der Unzulänglichkeiten der Bourgeoisie werden weiterhin den arbeitenden Teilen der Bevölkerung aufgebürdet werden. An der schlechten Lage der Arbeitenden wird sich also auch unter der neuen Regierung nichts ändern.

## EINIGE PERSPEKTIVISCHE BEMERKUNGEN

An dieser Stelle möchten wir die Frage beantworten, die wir ganz zu Anfang gestellt hatten:

Alle ökonomischen Indizien, die von neuem entfachten Interessenkämpfe innerhalb der Bourgeoisie, die politische und gesellschaftliche Atmosphäre, die Unzulänglichkeiten der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Regierung zeigen, daß die türkische Wirtschaft kurzfristig nicht auf eigenen Füßen stehen wird.

Es ist natürlich, daß eine Wirtschaft kurzfristig keine Hoffnungen erwecken kann, die die Relation der Sparguthaben und Investitionen zum nationalen Einkommen nicht zum Positiven verändern kann, die sich von Auslandsschulden nicht befreien kann, die keinen technologischen Fortschritt erzielt und Ressourcenprobleme hat.

All diese Probleme bedeuten aber nicht, daß die türkische Wirt-

schan gebaut.

Auch bei Konsumwaren und in der Teilfertigungsindustrie hat die Türkei eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Mit der Beendigung des "Süd-Ost-Anatolien-Projektes" wird die Türkei auch große Überschüsse in der Landwirtschaft erzielen können.

All dies zeigt, daß die türkische Wirtschaft nicht kurz vor dem Zusammenbruch steht.

Die langfristigen Möglichkeiten der türkischen Ökonomie sind erst 1990 entstanden. Die Auflösung der UdSSR hat den Weg der Türkei in Richtung Osten freigemacht. Angefangen bei den Turk-Republiken haben ehemalige sowjetische Regionen für die Türkei als Märkte an Bedeutung gewonnen. Die Türkei hat wegen der Sprachverwandtschaft und der kulturellen Nähe gute Chancen bei der Eroberung dieser Märkte.

Diese neue Situation gibt der türkischen Wirtschaft die Möglichkeit, langfristig einen Sprung nach

Moment noch spekulativ sein mag), daß einige Probleme der türkischen Wirtschaft langfristig auf diesem Wege gelöst werden können.

Sollte in der internationalen politischen Konjunktur keine wichtige Veränderung stattfinden, wird man ein sehr interessantes Beispiel für die Geltung des Gesetzes der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus am Schwarzen Meer, im Kaukasus und in Mittelasien erleben in dessen Zentrum die Türkei stehen wird. Sollte eine solche Entwicklung politisch und militärisch nicht gestoppt werden, wird sich mit der Türkei in dieser Region eine starke ökonomische Kraft herausbilden.

Der Erfolg der Koalitionsregierung hängt auch davon ab, ob die Türkei ihre Zukunft anhand dieser Möglichkeiten planen wird oder nicht. Aber noch einmal muß betont werden, daß diese Perspektive nicht als eine unabhängige Entwicklung, sondern als Teilbereich des weltweiten Kapitalismus, dessen abhängiges Kettenglied die Türkei ist, begriffen werden muß.



schaft kurzfristig vor einem Kollaps oder Zusammenbruch steht. Hinsichtlich ihres Spielraums bei der Integration in die Weltwirtschaft, ihrer außenwirtschaftlichen Entwicklung in den letzten 12 Jahren, der Konvertibilität der Türkischen Lira, die auch in den letzten 12 Jahren erreicht wurde, der billigen Arbeitskräfte u.ä. sieht es so aus, als ob die türkische Wirtschaft viele ihrer Schwierigkeiten überwinden könnte.

Dem muß noch hinzugefügt werden: Einige Sektoren der türkischen Wirtschaft (Textil, Bau, Telekommunikation) haben inzwischen Konkurrenzfähigkeit auf internationalen Märkten entwickelt.

Z.B. bauen türkische Baufirmen die benötigten Wohnungen für die aus der ehemaligen DDR zurückkehrenden sowjetischen Soldaten in Rußland.

Die Türkei hat die Telekommunikationseinrichtungen in Aserbaïd-

vorne zu machen. Aber es wird der Türkei nicht erlaubt werden, diese Möglichkeiten allein für sich auszunutzen. Die imperialistischen Monopole und Staaten werden der Türkei dies nicht ermöglichen. So oder so sind die Firmen, die in den östlichen Märkten investieren wollen, finanziell oder technologisch von imperialistischen Monopolen abhängig. Die Türkei kann die Turk-Republiken nur für sich als Märkte erschließen, indem sie ihre Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten reproduziert.

Die "Neue Weltordnung" hat günstige Bedingungen dafür geschaffen, daß die Türkei nicht nur in kultureller und politischer Hinsicht Einfluß auf die Staaten der ehemaligen UdSSR hat - sondern vor allem auch einen ökonomischen Einfluß. Auch wenn dies unter der Kontrolle des Imperialismus geschieht, erlaubt es die Schlußfolgerung (die im

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die innere politische Stabilität, die immer noch nicht erreicht worden ist. Ein Grund dafür, daß die neue Regierung die Kurdistan-Problematik so schnell wie möglich, und koste es was es wolle, lösen will, liegt hier. Eine Regierung, die Teile der östlichen Landesgrenzen nicht kontrollieren kann, geht ein Risiko ein, sich in Richtung östlicher und nordöstlicher Märkte zu eröffnen.

Die neue Regierung wird in dem Maße einen ökonomischen Sprung wagen und einleiten können, wie sie die innenpolitischen Probleme, vor allem die kurdische Frage, lösen kann. Jedoch hat die kurdische Frage eine Dimension bekommen, die es nicht ermöglicht, sie kurzfristig zu lösen. Daher bekommt anhand all dieser Probleme die Prognose eine große Bedeutung, daß sich die türkische Wirtschaft kurzfristig nicht stabilisieren wird.

# Nachrichten aus Cumhuriyet

*In den 'Nachrichten aus Cumhuriyet' tauchen immer wieder Begriffe wie "Terroristen" für Mitglieder der PKK oder für Mitglieder türkischer revolutionärer Organisationen auf. Diese Wortwahl entspricht nicht der Meinung der Redaktion, ist aber bei der Wiedergabe der Nachrichten nicht ganz zu vermeiden, will man die Nachrichten (und die Bewertung der Kämpfe von Linken und KurdInnen durch die Presse) nicht verfälschen. Ebenso ist der Wahrheitsgehalt der Nachrichten aus Kurdistan – vor allem was Tote auf Seiten der "Sicherheitskräfte" betrifft – anzuzweifeln. Bei der Zeitung Cumhuriyet handelt es sich um eine liberale, kemalistische Tageszeitung, die vergleichsweise seriösen Journalismus betreibt, die aber, wie alle anderen Tageszeitungen auch, staatstragend ist.*

*Die Redaktion*

**8.4.92**

## 94 FESTNAHMEN IN MERSIN

94 Personen wurden wegen Zuwiderhandelns gegen das Demonstrations- und Kundgebungsgesetz verhaftet. Nach einer Kundgebung der Sozialistischen Partei in Mersin war es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen, als eine Gruppe versuchte, unter Parolenrufen zu demonstrieren.

## ANTI-TERROR-GESETZ

Die Veränderungen im Anti-Terrorgesetz, die das Verfassungsgericht auf einen Antrag der SHP auf Aufhebung des Gesetzes hin beschlossen hatte, bezeichnen namhafte Juristen als Schminke. Das Gericht hatte lediglich den Paragraphen aufgehoben, der die Rückgabe des Vermögens der DISK verweigerte. Die Aufhebung anderer Paragraphen wurde zurückgewiesen. Damit profitieren Mitglieder kurdischer Organisationen weiterhin nicht von der bedingten Freilassung (als Amnestie bezeichnet – TI), die Strafen für Terrorstrafaten können das im Gesetz vorgesehene Strafhöchstmaß überschreiten, wegen Terrorstrafaten verurteilte kommen nicht in den Genuß der Offenen Besuchsregelung und werden in Isolationszellen untergebracht. Auch die Paragraphen bezüglich der Einschränkung der Pressefreiheit wurden nicht aufgehoben. Das Anti-Terror-Gesetz



hatte seinerzeit u.a. wegen seiner weit gefaßten, willkürlich interpretierbaren Terrordefinition große Proteste hervorgerufen.

**9.4.92**

## KURDISCHES INSTITUT IN ISTANBUL

Am 18. April wird in Istanbul ein Kurdisches Institut unter dem Vorsitz von Ismail Besikci seine Tätigkeit aufnehmen. Zu den Gründungsmitgliedern gehören auch die aus der SHP ausgetretenen unabhängigen kurdischen Abgeordneten Hatip Dicle und Ahmet Türk.

## IRAKISCHE GRENZE WIRD VERMINT

Die Grenze zum Irak wird vollständig vermint, um zu verhindern, daß separatistische Terroristen im Irak Unterschlupf finden. Man hatte bereits begonnen einen 65 km langen Grenzstreifen zu verminen. In diesem Jahr werde der Rest der Grenze vermint werden, teilte der Sicherheitskommandant der Jandarma, General Özgen mit.

## AUSGANGSSPERRE IN SILVAN

Im Bezirk Silvan, in dem in den letzten 10 Tagen 7 Personen von unbekanntem Tätern ermordet worden waren, verloren auch gestern 3 Menschen

ihr Leben. 2 Personen wurden vermutlich von Hizbullah Anhängern erschossen. Daraufhin schlossen sämtliche Einzelhändler aus Protest die Geschäfte und es sammelte sich ein Beerdigungszug von ca 4000 Personen. Die Sicherheitskräfte versuchte die Menge zu zerstreuen. Als währenddessen ein Geschäft beschossen wurde, starb eine weitere Person. Nachdem der Zug von den Sicherheitskräften gehindert wurde, zum Friedhof zu gehen, wurde Ausgangssperre verhängt.

## YENI ÜLKE KONFISZIERT

Die neueste Ausgabe der Zeitschrift Yeni Ülke wurde wegen Propaganda gegen die Unenteilbarkeit des Staates wegen eines Artikels mit der Überschrift "Die PKK im Genfer Abkommen" konfisziert.

**11.4.92**

## DISK UND TÜRK-İS VERSTÄNDIGEN SICH

Bei dem auf Initiative von DISK zustande gekommenen Gespräch mit Türk-İs einigten sich die beiden Gewerkschaftskonföderationen darauf, den 1. Mai gemeinsam im Saal zu feiern. Vor dem 12. September 80 (dem Putsch bei dem die revolutionäre Gewerkschaftskonföderation DISK

verboten wurde -TI) hatten sich die beiden Konföderationen bekämpft. Nach der Wiedereröffnung von DISK fällt deren versöhnliche Annäherung auf.

### SÜDOSTEN

Bei verschiedenen Operationen der Sicherheitskräfte im Südosten wurden 5 PKK-Militante getötet, 38 Personen wurden festgenommen. Die Ausgangssperre in Kozluk/Batman wurde aufgehoben. In Kiziltepe schlossen die Einzelhändler ihre Geschäfte aus Protest gegen die Festnahme des Bezirksvorsitzenden der HEP und aus Protest gegen die Morde durch unbekannte Täter. In Urfa wurden 17 PKK Militante gefaßt.

12.4.92

### ATTACKE GEGEN PKK

Demirel kritisierte die Haltung des Europarates, (die Verurteilung der Türkei wegen Verletzung der Menschenrechte bei der Kurdenfrage) und warnte davor, daß Europa mit der Behauptung, für Menschenrechte einzutreten, Gefahr laufe, sich auf die Seite des Terrors zu stellen. İnönü, der ebenfalls den Europarat kritisierte, erklärte: daß die Demokratisierung der Türkei von der Überwindung des PKK-Terrors abhängt. Innenminister Sezgin will bei seinem Besuch in Syrien Beweise für die Unterstützung der PKK durch Syrien vorlegen. In Bonn marschierten 60 000 Türken gegen die Politik Deutschlands gegenüber der Türkei und gegen die PKK. An der Demonstration nahmen in der Hauptsache Anhänger der MCP-nahen Türk Federasyonu (faschistische Partei unter Türkes-TI) und der Türk-Islam Birliği teil.

13.4.92

### HUNGERSTREIK

Im Spezialtypgefängnis Ceyhan befinden sich seit dem 9.4. vierzig politische Gefangene im Hungerstreik gegen die Praktiken der Gefängnisleitung. Sie erklärten u.a., daß sie bei Krankheit nicht untersucht und behandelt würden.

14.4.92

### 15JÄHRIGER GEFOLTERT

6 Personen aus dem Dorf Tanyeri sollen am 9.4. festgenommen und auf der Gendarmenwache von Dargeçit gefoltert worden sein, erklärte der Menschenrechtsverein Batman.

Ein Dorfbewohner wurde an einen unbekanntem Ort verschleppt. Der 15jährige Sevki Akinci wurde von den Gendarmen nackt ausgezogen und auf glühende Kohlen gelegt.

### DEUTSCHLAND-FRANKREICH DISKUSSION IN ANKARA

Der Besuch Mitterands heizt Spekulationen an, daß die Türkei Frankreich gegenüber Deutschland als Element des Gleichgewichts benutzen will. Kreise im Außenministerium bringen vor, daß dies die natürliche Folge der Entwicklungen in der letzten Zeit sei. Die Spannungen mit Deutschland erinnerten an die mit Frankreich bis zum Jahr 1984 erlebten Spannungen.

15.4.92

### SUCHE NACH REFORM IM RELIGIONSWESEN

Zum ersten Mal nach 13 Jahren versammelt sich die Hohe Kommission für Religionswesen wieder. Ziel der Kommission ist u.a. die Organisation eines Religionsrates, der die Arbeit des Amtes für Religionswesen unterstützen und sich um eine Religionsreform kümmern soll. Die Hohe Kommission will in ihrer Versammlung die Gebetsausübung in einer für diese Epoche erforderlichen Weise vereinfachen und auf alltägliche Probleme eine Antwort finden, sowie die Bevölkerung, v.a. die Jugend, noch stärker zum Islam ziehen.

### FRANZÖSISCHE VORSCHLÄGE FÜR DIE IDENTITÄT DER KURDEN

Mitterand schlug bei seinen Gesprächen in Ankara vor, die Kurden als Minderheit zu definieren und ihnen entsprechend einige Rechte zu geben. Dies hätte erleichternde Ergebnisse im Rahmen des unitären Staates zur Folge. Die türkische Seite betonte dagegen, daß die Kurden zu sehr mit den Türken vermischt seien, um sie als Minderheit anzuerkennen, aber man unternehme Schritte in die Richtung der Anerkennung einer regionalen Kultur wie in Frankreich bei den Korsen oder Basken.

### GEFECHTE MIT PKK

Bei Gefechten mit der PKK in der Gegend von Sirnak, Elazig und Siirt wurden insgesamt 10 Soldaten getötet. In der Gegend wurden daraufhin ausgedehnte Operationen begonnen.

### ZEITSCHRIFT KONFISZIERT

Die Aprilausgabe der kurdischen Zeitschrift Newroz wurde vom Staats-

sicherheitsgericht Istanbul konfisziert. In der Ausgabe gebe es insgesamt 7 Artikeln Gesetzesverstöße.

### BOTSCHAFT VON DEMIREL AN ASSAD

Ministerpräsident Demirel schickte mit Innenminister Sezgin, der gestern zu einem Besuch nach Syrien reiste, eine Botschaft für den syrischen Präsidenten Assad: Nach den Menschenrechten dürfe ein Land nicht in sein Nachbarland Terror exportieren. (Gemeint sind die PKK-Ausbildungscamps in der Bekaa-Ebene -TI)

16.4.92

### INNENMINISTER SEZGIN IN SYRIEN

Innenminister Sezgin erklärte nach seinem Gespräch mit seinem syrischen Amtskollegen in Damaskus, daß Syrien zum ersten Mal die Existenz der PKK in der Bekaa-Ebene zugegeben habe. Syrien habe akzeptiert, daß die PKK eine terroristische und illegale Organisation sei und werde das Notwendige gegen diese unternehmen.

### GEPLANTE GEFÄNGNISREFORM

Mit dem Gefängnisreformpaket, das Justizminister Oktay vorbereitet, sollen die bisher so bezeichnete Anarchie- und Terrorstraffäter nunmehr gefährliche Straftäter heißen. Die Gefängnisordnungen sollen auf europäische Verhältnisse zugeschnitten werden. Außerdem soll ein neues Gefängnis nach amerikanischem Modell für 600 Gefangene gebaut werden. Die Gefangenen sind in videoüberwachten Einzelzellen untergebracht, deren Türen durch ein zentral gesteuertes Computersystem geöffnet und geschlossen werden. Damit soll v.a. eine Flucht verhindert werden, denn allein in den 20 Monaten von April 89 bis Dez.91 gab es 129 Fluchtvorfälle. Die Gefängnisse sollen nach der Reform in beispielhafte Einrichtungen verwandelt werden, die modern und der Menschenwürde entsprechend ein menschliches Leben und jede Art von Bedürfnissen der Unterbringung, Ernährung, Erziehung, Arbeit und Sport ermöglichen.

### HEP-FÜHRER BEI DER FOLTER GESTORBEN

HEP Generalsekretär Karatas be-

hauptet, daß das Mitglied des Bezirksvorstandes von Dargecit, Tahir Seyhan, bei der Folter getötet worden sei. Seyhan war am 7.4. von der Jandarma festgenommen und am 11.4. tot ins Krankenhaus Diyarbakir gebracht worden. Als Todesursache habe man ein Schädeltrauma angegeben. Ein anonymer Anrufer habe der Familie gesagt Ihr könnt euren Mann aus dem Krankenhaus abholen. Die Todesursache sei, wie man an der Leiche offen sehen könne, Folter.

## STUDENTINNEN FESTGENOMMEN

Von einer Abordnung von 40 Studentinnen aus mehreren Universitäten, die eine Unterschriftensammlung mit der Forderung, daß Jandarma und Polizei aus den Universitäten abgezogen werden, zu Fuß von Istanbul nach Ankara bringen wollten, wurden 32 festgenommen. Die Studenten erklärten in Reden und auf Transparenten, daß die Regierungskoalition ihre Versprechen in Bezug auf die Universitäten nicht gehalten habe, sondern ganz im Gegenteil eine Atmosphäre der Besetzung durch Polizei und Jandarma an den Unis geschaffen hätte.

17.4.92

## BONN: LÖSUNG FÜR KURDISCHE FRAGE

Genscher erklärte, daß solange keine Waffen an die Türkei geliefert würden, bis für das Kurdenproblem eine zufriedenstellende Lösung im Rahmen des Rechtsstaates gefunden werde. Aus dem türkischen Generalstab wurde verlautbart, daß das Embargo lediglich die Modernisierungsarbeiten der Streitkräfte verlangsamt. Man habe genug Waffen, und Geräte um die Sicherheit der Türkei zu gewährleisten.

## SÜDOSTEN

Die Gefechte zwischen der PKK und Sicherheitskräften nach Angriffen der PKK mit Raketenwerfern in zwei Dörfern bei K.Maras dauern immer noch an. In der vorletzten Nacht wurden 3 weitere PKK'ler sowie 2 Soldaten getötet. In Diyarbakir, Mardin und Sirnak wurden 115 HEP-Mitglieder festgenommen.

18.4.92

## SCHLAG GEGEN DEV-SOL

Bei einer Operation in Istanbul, die vorgestern Nacht begann und bis

gestern morgen dauerte, wurde eine Razzia in 6 Wohnungen und einem Geschäft durchgeführt. Bei der Operation wurden 11 Devrimci-Sol Militante (Revolutionäre Linke), davon 6 Frauen getötet. 6 Militante, davon 4 Frauen wurden lebendig gefaßt. Bei der durch die Spezialeinheiten (Özel-Tim) durchgeführten Operation wurde auch das vor zwei Jahren aus dem Gefängnis geflüchtete Mitglied des Zentralkomitees von Dev Sol, Sinan Kukul, getötet.

Außerdem befindet sich unter den Getöteten auch die Frau des aus dem Gefängnis geflüchteten Dev-Sol Führers Dursun Karatas, Sebahat Karatas. In den Wohnungen wurden eine große Anzahl von Waffen, Handgranaten, Sprengstoff und Dokumenten der Organisation gefunden.

Mit den bei der gestrigen Operation getöteten hat sich die Anzahl der in den letzten Jahren (seit Okt 88, davon 30 Personen seit Juli 90) bei Razzien von Sicherheitskräften getöteten Personen auf 34 erhöht. Diese Operationen, die sich seit dem Inkrafttreten des Anti-Terrorgesetzes vermehrt haben, werden von der demokratischen Öffentlichkeit als Hinrichtungen ohne Gericht bezeichnet.

## 30 PKK'LER GETÖTET

Bei Gefechten in Savur/Mardin wurden 30 PKK'ler und ein Soldat getötet. Bei Kulp wurden 3 PKK'ler getötet, in Siverek wurden 7 PKK-Mitglieder gefaßt.

19.4.92

## FRÜHJAHRSPUTZ IN DER BEKAA-EBENE

Syrien versprach mit dem Libanon zusammenzuarbeiten, um die Bekaa-Ebene von terroristischen Ausbildungslagern der PKK zu säubern. Man versprach, die Aktivitäten der PKK in Syrien zu beenden und PKK-Mitglieder zu verhaften.

## HINTERHALT DER PKK

Bei einem Hinterhalt der PKK auf einer Straße nach Dogubeyazit wurden 4 Offiziere erschossen. Aus Protest gegen die Tötung von 33 PKK'lern bei Savur/Mardin halten die Händler in Bismil weiter ihre Geschäfte geschlossen. Die Spannung stieg noch an, als die Sicherheitskräfte an verschiedenen Punkten der Stadt Panzer postierten. Bei dem Versuch eine Demonstration zu veranstalten wurde eine große Anzahl von Personen festgenommen und eine Ausgangssperre verhängt. Nachdem man erfahren hatte, daß 10 der

Getöteten Jugendliche aus Bismil waren, die einen Monat zuvor in die Berge gegangen waren, um sich der PKK anzuschließen, nahmen Tausende aus Bismil an dem Beerdigungszug teil. Der unabhängige Abgeordnete Yurttas erklärte, daß 8 der Getöteten ganz offensichtlich Dorfbewohner waren.

## TRUMPF GEGEN BONN

Gegen das Waffenembargo Deutschlands spielt die Türkei ihren Ausschreibungsstrumpf aus. Im Rahmen der Modernisierung der türkischen Armee wird in den nächsten Tagen über eine Reihe von Ausschreibungen entschieden, für die sich auch deutsche Firmen beworben haben. Die Chancen für diese Firmen, die Aufträge zu erhalten, haben sich aufgrund des Embargos verringert. Der größte Auftrag beläuft sich über 1.5 Mrd. \$ für 200 Helikopter. Für diesen Auftrag hat sich u.a. MBB beworben.

## PROTESTE GEGEN POLIZEIOPERATION GEGEN DEV-SOL

Gegen die Polizeioperation, bei der 11 angeblich Dev Sol Militante getötet wurden, werden Proteste laut. Man hätte die Getöteten auch lebendig fassen können. Sie wurden von bis zu 60 Kugeln getroffen. Die Angehörigen bezeichnen die Polizeiaktion als Hinrichtung ohne Gericht. Die Schauspieler der Ortaköy Volksbühne behaupten, daß die in ihrer Wohnung erschossene Schauspielerin des Theaters, Ayse Uzunhanoglu, kein anderes Verbrechen begangen habe, als Schauspielerin zu sein.

20.4.92

## BEVÖLKERUNG VON IDIL WILL ABWANDERN

Tausende von Einwohnern von Idil, die behaupten, daß die vor vier Tagen in Savur getöteten angeblichen PKK'ler unschuldige Bürger waren, und die sich über die Repressionen in der Region beschwerten, versuchten gestern, eine im Südosten neue Aktion durchzuführen: Sie packten ihre sämtliches tragbares Hab und Gut zusammen, versammelten sich und wollten die Region verlassen. Den Sicherheitskräften, die sich den drei Demonstrationszügen aus der Stadt entgegenstellten, riefen sie zu: Der Bezirk gehört euch, wir gehen. Die Sicherheitskräfte griffen gegen die Demonstranten zunächst mit Knüppeln ein. Einen Kilo-

meter von der Stadt entfernt wurde ihnen der Weg versperrt und Hubschrauber warfen Nebelbomben auf die Menge. Durch die Schüsse der Spezialteams wurden ein 22-jähriger Mann getötet und zwei Personen verletzt.

Aus Protest gegen die Tötung der 33 PKK'ler schlossen in Bismil, Nusaybin, Silopi und Cizre die Händler ihre Läden.

Bei der Beerdigung einiger der PKK'ler wurden hunderte von Personen, die meisten HEP-Mitglieder, festgenommen. Ein 28-jähriger Bankangestellter, der, nachdem er das Siegeszeichen gemacht hatte, festgenommen wurde, wurde von den Sicherheitskräften tot in das Krankenhaus von Diyarbakir gebracht. Über seine Todesursache gibt es keine Angaben.



**21.4.92**

### 8 PERSONEN IN MIDİYAT ERSCHOSSEN

Bei Midiyat wurden ein Kleinbus und ein Lastwagen von maskierten Personen angehalten. Die Insassen wurden in einer Reihe aufgestellt und mit Maschinengewehren beschossen. 8 Personen starben, 9 Personen wurden verletzt. Während offizielle Stellen behaupten, die Täter seien Terroristen gewesen, behaupten einige der Verletzten, die Maskierten erkannt zu haben, es seien Dorfwächter gewesen.

Der Versuch der Bewohner von Idil, aus ihrer Stadt abzuwandern endete mit vielen Verletzten und 50 Festgenommenen, die meisten Frauen. Von den bei der Beerdigung der PKK'ler in Bismil festgenommenen Personen ist eine weitere Person in Polizeihaft gestorben. Nach Gerüchten sollen noch 4 weitere Personen gestorben sein. In Cizre wurden die aus Protest geschlossenen Geschäfte von den Sicherheitskräften mit Gewalt geöffnet. Die Rolläden von etwa 200 Geschäften wurden so zerstört.

### DEMIREL GEGEN KURDISCHE FERNSEHSENDUNGEN

Der Vorschlag Staatspräsident Özal's, im GAP Kanal des türkischen Fernsehens kurdische Sendungen auszustrahlen, stieß bei Demirel und den Zuständigen der TRT (Türk. Radio u. Fernsehanstalt-TI) auf Ablehnung. Die Türkei sei noch nicht bereit für eine derartige Initiative. Die Verfassung und die Gesetze erlaubten keine Sendung in kurdischer Sprache.

**22.4.92**

### DISKUSSION ÜBER VERFASSUNGSÄNDERUNG

Die Koalitionspartner DYP und SHP haben sich auf die Grundsätze für eine Verfassungsänderung geeinigt. Unter den Punkten, in denen sich die beiden Parteien nicht verständigen konnten, sind die Aufhebung des Pflichtreligionsunterrichtes und die Herausnahme des Amtes für Religionswesen aus den Verwaltungsstrukturen. Die DYP stellte sich auch gegen den Vorschlag der SHP, eine Parteigründung auf ethnischer Basis zu erlauben, sofern diese keinen Separatismus betreibt.

### HURD LOBTE TÜRKEI

Der englische Außenminister Hurd lobte nach seinem Türkei-Besuch die Türkei. Die Türkei spiele in zunehmendem Maße eine zentrale Rolle. Sie sei eine regionale Kraft, die gehört, unterstützt und geachtet werden müsse. Hurd empfinde Sympathie gegenüber den Reformen der türkischen Regierung in Bezug auf die Menschenrechte und erwarte, daß diese zur Anwendung kämen. Man verstehe das Verhalten der türkischen Regierung gegenüber dem Terrorismus, denn man habe selbst auch Erfahrung mit dem Terrorismus.

**27.4.92**

### DEMIREL BEREIT DIE MITTELASIATISCHEN TURKSTAATEN

Auf der 8-tägigen Reise, auf die ihn auch Außenminister Cetin sowie der

Vorsitzende der MCP Alpaslan Türkeş (faschistische, pantürkistische Partei-TI) begleiten werden, wird Demirel vor allem Themen wie Handel, Bildung und militärische Ausbildung besprechen. Demirel wird auf der Reise betonen, daß die Türkei bereit ist, eine wichtige Rolle zu spielen bei der Schaffung neuer Verfassungen für die Turkstaaten, der Einführung von Parteigesetzen, des Erziehungssystems und der Außenpolitischen Strukturen. Dies schließt die Entsendung von Fachleuten aus der Türkei ein. Bezüglich des Handels bezweckt Ankara zu erreichen, daß Waren wie Konsumgüter, Textilprodukte und Lebensmittel, die aus der Türkei eingeführt werden können, nicht aus anderen Ländern importiert werden.

**28.4.92**

### HUNGERSTREIK IN BURSA

Im E-Typ und im Spezialtyp Gefängnis in Bursa befinden sich etwa 50 politische Gefangene seit zwei Tagen im Hungerstreik. In einer gemeinsamen Erklärung von HEP, Menschenrechtsverein, Volkshaus, Gesundheitsgewerkschaft Tüm Sıglik Der, der Gewerkschaft Otomobil-Is, der Lehrgewerkschaft Egitsen und von dem Verein für Freiheiten und Rechte Özgür-Der wird für die Gefangenen eine menschliche Behandlung gefordert.

### EIN JAHR GEFÄNGNIS FÜR DIE MÖRDER VON BILGIN

Der Prozeß gegen die 4 Offiziere, die

den Lehrer Siddik Bilgin durch Folter getötet hatten, ist nach 7 Jahren beendet worden. Sie wurden zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Wenn das Urteil vom Revisionsgericht bestätigt wird, müssen die Verurteilten nach den Paragraphen der bedingten Freilassung für 73 Tage ins Gefängnis. Außerdem wurden die Verurteilten für 3 Monate vom Dienst suspendiert. Die Offiziere hatten Bilgin, nachdem er bei der Folter gestorben war, in den Rücken geschossen, um vorzugeben, er sei bei einem Fluchtversuch erschossen worden.

### MENSCHENRECHTSVEREIN DEMENTIERT BEHAUPTUNG DER GOUVERNATUR

Der Vorsitzende des Menschenrechtsverein Istanbul, Kanar, erklärte gestern, daß die Behauptung des Gouverneurs von Istanbul, bei Razzien beim Menschenrechtsverein und bei verschiedenen demokratischen Einrichtungen seien verbotene Publikationen gefunden worden, nicht der Wahrheit entspreche. Die Erklärung des Gouverneurs solle die Öffentlichkeit über die Willkür der Razzien hinwegtäuschen.

**29.4.92**

### PKK-ÜBERFALL AUF IDIL

Bei Gefechten der PKK mit Sicherheitskräften in Idil wurden 4 Anwohner getötet. Die PKK Militanten hatten mehrere öffentliche Gebäude mit Raketenwerfern beschossen. Bei der anschließenden Operation der Spezialteams wurden eine große Anzahl von Wohnungen und Geschäften durchsucht und zerstört. In Kiziltepe verstarb eine weitere (die vierte) Person an den Folgen des Anschlages auf den SHP-Bezirksvorsitzenden. Ebenfalls in Kiziltepe wurde ein Mann, der angeblich mit der Hizbullah in Verbindung stand, vermutlich von PKK'ern erschossen. In Nusaybin wurde ein städtischer Angestellter vor seinem Haus erschossen.

38 der von Sicherheitskräften bei den in verschiedenen Regionen des Südostens durchgeführten Operationen festgenommenen Personen wurden von Gerichten verhaftet. Ausnahmezustandsgouverneur Ünal Erkan teilte mit, daß bei den Operationen seit dem Nevrozfest mehr als 2000 Waffen beschlagnahmt worden seien

### VORKEHRUNGEN FÜR DEN 1.MAI

Der Polizeipräsident von Istanbul

teilte mit, daß unerlaubte Demonstranten am 1.Mai mit lila gefärbtem Wasser bespritzt würden und daß jeder mit einem lila Wasserfleck auf der Kleidung festgenommen werde. Der Gouverneur von Istanbul erklärte, daß der Soz. Partei (SP) die Erlaubnis für eine Kundgebung in Gaziosmanpasa gegeben worden sei. Alle anderen, von verschiedenen Gewerkschaften beantragten Kundgebungen sind verboten worden. Am 1.Mai seien 2500 Jandarma und 15000 Polizisten aus den Kommandoeinheiten im Einsatz. Beim Gewerkschaftsdachverband DISK gibt es Meinungsverschiedenheiten über den Beschluß, zusammen mit den Konfederationen Türk-İs und Hak-İs im Saal zu feiern. Die Einzelgewerkschaften der DISK Yerralli Maden-İs, Dev Maden-Sen (beide Bergbau), sowie Sine-Sen und Ilerici Der-İs wollen an der Maifeier im Saal nicht teilnehmen.

**30.4.92**

### PROTESTAKTIONEN IN IDIL

Wegen der vier Einwohner von Idil, die bei den Gefechten zwischen PKK und Sicherheitskräften vorgefallen ums Leben kamen, haben die Händler ihre Geschäfte geschlossen. Sie behaupten, daß die Sicherheitskräfte, die Häuser der vier getöteten unter andauernden Beschuß genommen hätten.

Bei Kahramanmaraş wurden 5 PKK'ler tot gefaßt.

**1.5.92**

### IDIL'S EINZELHÄNDLER PROTESTIEREN WEITER

Gegen die Repressionen und Praktiken der Sicherheitskräfte, die für die Erschießung von 4 Bürgern verantwortlich gemacht werden, haben die Einzelhändler von Idil eine neuartige Aktion begonnen. Bisher hatten sie aus Protest ihre Läden geschlossen. Ca 200 Händler beantragten bei der Stadtverwaltung, ihre Lizenzen und Steuerregistrierungen zu annullieren, da sie ihre Geschäfte geschlossen hätten.

### WEITERE FOLTERBEHAUPTUNG

Der Leichnam des aus dem Südosten stammenden Taxifahrers Salman wurde drei Tage nachdem Salman von der politischen Polizei in Adana festgenommen worden war, seiner Familie mit den Worten übergeben, er sei an einem Herzanfall gestorben. Seine Familie behauptet, der 44jährige hätte nie Herzbeschwerden gehabt. Sie verlangt die sofortige Übergabe des ersten Au-

topsieberichtes und hat eine zweite Autopsie beantragt. Erst einige Tage zuvor waren zwei Männer in Batman in Polizeihaft an Selbstmord und Gehirnblutung gestorben.

**2.5.92**

### FESTNAHMEN AM 1.MAI

In Istanbul, Izmir, Adana, und Mersin wurden ca 300 Demonstranten festgenommen. Bei unerlaubten Demonstrationen kam es zum Teil zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Bei den Vorfällen in Ankara und Izmir verprügelte die Polizei einige Journalisten und beschlagnahmte ihre Filme. Die genehmigten Demonstrationen verliefen weitgehend ohne Zwischenfälle. In Istanbul hatten die Sicherheitskräfte auf dem Taksimplatz starke Sicherheitsvorkehrungen mit Panzern und abgerichteten Hunden getroffen. Die Zufahrtsstraßen wurden von der Polizei durch Personenkontrollen und Leibesvisitationen kontrolliert.

### DIE BEVÖLKERUNG VON IDIL WANDERT AB

Viele Bewohner von Idil wandern in benachbarte Viertel, nahegelegene Dörfer oder nach Midyat und Mardin ab, einige verlassen die Region auch ganz. Viele Häuser, vor allem an den Hauptstraßen, in denen ständig Panzer postiert sind, stehen leer. Zwei Stadtviertel sind völlig geräumt. Die Geschäftsinhaber von Idil führen ihre Aktion fort, die Lizenzen und Steuerregistrierungen streichen zu lassen, so daß der Lebensmittelpaß in den letzten Tagen bereits erhebliche Ausmaße angenommen hat. Die unabhängigen Abgeordneten Sadak und Aydar, die sich zur Untersuchung der Situation in der Stadt befinden, stellten fest, daß der Schaden, den die Sicherheitskräfte während der letzten Vorfälle an den Häusern und Geschäften verursacht haben, Trillionen beträgt (Milliarden DM-Tl).

### OPERATION IN ADANA

Die Vorsitzende des Vereins für Rechte und Freiheiten (Özgür Der), Zerrin Sari, bewertete die Tötung von 3 Dev-Sol Mitgliedern durch Spezialteams am vorgestrichen Tag in Adana bei einer Razzia in konspirativen Wohnungen als Hinrichtung. Sie rief die Abgeordneten der SHP und DYP, die nicht mitschuld sein wollten an den Massakern, auf, zurückzutreten. Auch der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins Adana sprach von einer Hinrichtung ohne Gerichtsurteil.

### BUNDESTAG GIBT GRÜNES LICHT FÜR TÜRKEI

Mit der Freigabe der zurückgehaltenen 25 Mio DM Militärhilfe für die Türkei durch den Bundestag am vorgestrigen Tag, erwarten viele deutschen Politiker, daß die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit der Türkei noch mehr als früher vorangetrieben werden. Dies erklärte der türkische Botschafter in Deutschland Öymen. Die 25 Mio. DM Militärhilfe gehen an die Firma MBB zur Modernisierung der in die Türkei geschickten Panzer.

**3.5.92**

### 5 POLIZISTEN IN EINEM CAFE GETÖTET

Bei einem bewaffneten Übergriff in einem Cafe in Sisli/Istanbul durch 4 Dev-Sol Militante wurden 5 Polizisten getötet und ein Kommissar schwer verletzt. Bei der anschließenden Operation wurde einer der Täter gefaßt, eine große Anzahl verdächtiger Personen wurde festgenommen. Ein Bekenneranrufer bei einer Zeitung erklärte, daß drei der Polizisten an der Operation teilgenommen hätten, bei der 11 Dev-Sol Mitglieder erschossen wurden.

### AN NEVROZ WURDE OFFEN GEMORDET

Der Berichterstatter des internationalen Menschenrechtsorganisation Helsinki Watch, der US-Amerikaner Nachman, der zu den Nevrozvorfällen Augenzeugen und Angehörige von Getöteten befragt hatte, erklärte, die Vorfälle während Nevroz, seien ein offenes und eindeutiges Verbrechen gewesen. Es sei äußerst bedauerlich, daß die USA die Türkei nach diesen Vorfällen weiter unterstütze.

### 6 PKK'LER GETÖTET

Die Operation der Sicherheitskräfte bei Solhan/Bingöl wurde gestern beendet. Mit den gestern getöteten 6 PKK'lern habe sich die Anzahl der bei den Gefechten getöteten PKK'ler auf 23 erhöht. 5 Sicherheitskräfte und zwei Dorfwächter hätten ihr Leben verloren.

**4.5.92**

### BÜCHER ZUR KURDISCHEN FRAGE KONFISZIERT

10 der 14 Bücher Ismail Besikcis zur kurdischen Frage wurden auf Beschluß des Staatssicherheitsgerichts Ankara konfisziert. Wegen 2 Bü-

chern wurde ein Prozeß eröffnet.

### FLUGBLATT GEGEN KURDEN

In mehreren Stadtvierteln von Izmir wurde von unbekannt Personen ein Flugblatt gegen Kurden verteilt, das die Unterschrift Izmirer Patrioten trägt. In dem Flugblatt wird dazu aufgerufen, nicht bei den kommunistischen Kurden einzukaufen, ihnen keine Wohnung zu vermieten, keine Arbeit zu geben, und physische Gewalt gegen sie anzuwenden.

### SEZGIN: BEVÖLKERUNG JAGT ANARCHISTEN

Innenminister Sezgin erklärte gestern bei einer Rede vor der Polizei in Izmir, daß die Regierung in ihrer 5-monatigen Regierungszeit mit Unterstützung aller im Parlament vertretenen Parteien große Erfolge gegen den Terrorismus erzielt habe, da die Bevölkerung nunmehr, wie

**5.5.92**

### 5 PKK'LER GETÖTET

Nach Angaben der Kommandantur des Ausnahmezustandsgebiets wurden in der Gegend von Solhan und Kozluk insgesamt 5 PKK'ler, davon 3 Frauen bei Gefechten getötet und 4 PKK'ler, davon 2 Frauen lebendig gefaßt. Die Operation im

Bezirk Solhan, bei der bisher 18 PKK'ler getötet wurden, dauert an.

**7.5.92**

### 2 POLIZISTEN GETÖTET

In Istanbul wurden 2 Polizisten an einer Bushaltestelle von unbekannt Personen erschossen. Bei der anschließenden Operation wurde eine große Anzahl von Personen festgenommen. Zu dem Anschlag bekannte sich Dev-Sol.



sich bei den jüngsten Zwischenfällen gezeigt habe, die Sicherheitskräfte gegen die Anarchisten unterstütze. Während früher bei Zwischenfällen die Bürger sich wendeten und den Ort des Geschehens schnell verließen, jagten sie heute zusammen mit den Sicherheitskräften die Anarchisten. Werde ein Terrorist gefaßt, so würden an diesem Ort türkische Fahnen aufgehängt und die Nationalhymne gesungen. Die Verstecke der Terroristen würden der Polizei über den Notruf mitgeteilt, ebenso wie verdächtige Personen über diese Nummer angezeigt würden. Sogar in den Fußballstadien würden jetzt vor den Spielen gemeinschaftlich die Nationalhymne gesungen und Parolen gerufen, die den Terror verurteilten.

**8.5.92**

### PKK VERLÄßt DIE BEKAA-EBENE

Die französische Nachrichtenagentur AFP teilte mit, daß die PKK begonnen hat, ihr Mahsun Korkmaz Akademie genanntes Ausbildungslager in der libanesischen, von Syrien kontrollierten Bekaaebene zu räumen. Ein PKK-Führer erklärte Journalisten von AP und Reuter in der Bekaaebene, daß die Räumung der Lager gestern beendet worden sei. Die PKK'ler gingen in ihr Heimatland zurück, wo sie 11 militärische Stützpunkte besaßen. Die Räumung des Lagers in der Bekaa

habe keinen Einfluß auf die PKK. In der Heimat habe man genügend Gebiete, in denen man Militärlager errichten könne. Man habe mindestens 30 000 Personen unter Waffen stehen.

Die sich in der Bekaa befindenden Journalisten beobachteten, daß in dem Lager die PKK Fahne abgenommen und die Fahne der Dem. Befreiungsfront Palästinas aufgezogen wurde.

### ARBEITGEBER SETZEN DYP UNTER DRUCK

Der Arbeitgeberverband TISK setzt die DYP-Fraktion der DYP-SHP Regierungskoalition unter Druck, den von Arbeits- und Sozialminister Mougltay (SHP) vorbereiteten Gesetzentwurf zur Sicherheit der Arbeitsplätze nicht anzunehmen. Der Entwurf sei aus dem SHP-Programm und nicht aus dem Regierungsprogramm entwickelt und solle der Regierung untergeschoben werden. Mit diesem Gesetz würden Investitionen gestoppt und die Arbeitslosigkeit vermehrt werden. Mougltay erklärte, der Entwurf entspreche dem Regierungsprogramm und den von allen Ministern unterzeichneten ILO Abkommen (Internat. Labour Org.-TI) Nr. 158. Mit der Verabschiedung des Gesetzes würde der 158 eine nationale Rechtsqualität erlangen. Die Gewerkschaftsformationen Türk-İs, DISK, und Hak-İs erklärten, daß sie gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen würden, damit der Entwurf angenommen würde. Der Gesetzentwurf enthält gemäß 158 ILO Abkommen die Sicherung der Arbeitsplätze u.a. durch Entlassungsverbot bei gewerkschaftlicher Betätigung, Krankheit oder Unfall.

### BEWEGUNG IN LINKER PARTEIENLANDSCHAFT

Die aus der HEP stammenden und aus der SHP ausgehenden 16 unabhängigen Abgeordneten halten morgen eine Versammlung ab, auf der sie über die Gründung einer neuen Partei beraten wollen. Zu der Versammlung luden sie auch 42 Abgeordnete aus der DYP, ANAP und RP ein, die fast alle aus dem Südosten stammen und für die Aufhebung des Ausnahmezustandes dort eintreten.

21 Gründungsmitglieder der Sozialist. Einheitspartei SBP traten gestern mit einer gemeinsamen Erklärung aus der Partei aus. Sie seien mit den Demokratievorstellungen und dem Parteimodell, das viele der Delegierten nach dem Muster des Staatssozialismus verträten, nicht einverstanden.

Die Sozialist. Partei SP wird 4 Jahre

nach ihrer Gründung zum 3. Mal auf ihre Übereinstimmung mit der Verfassung hin überprüft. Bei der Gründung war ein Prozeß auf Schließung wegen Verfassungswidrigkeit des Parteiprogrammes angestrengt worden, den die SP gewann.

9.5.92

### DYP-BEZIRKSSEKRETÄR ERSCHOSSEN

Der Istanbuler Bezirkssekretär der Regierungspartei DYP wurde gestern von zwei unbekanntenen Personen in der Nähe seines Hauses erschossen. Zu dem Anschlag bekannte sich Dev-Sol.



### VERGEWALTIGUNG DER MENSCHENRECHTE DURCH JUNGFÄULICHKEITSTESTS

In der letzten Woche haben 3 von 8 Schülerinnen, die in Nigde, Simav/ Kütahya und Ula/Mugla von der Schule zu Jungfräulichkeitstests geschickt worden waren, einen Selbstmordversuch unternommen.

In Simav waren 4 Mädchen mit ihren Freunden bei einem Picknick von Waldarbeitern gesehen und bei der Schule denunziert worden. Daraufhin wurden sie von der Schulleitung zur Jungfräulichkeitsuntersuchung ins Staatskrankenhaus geschickt. Nachdem sich herausstellte, daß zwei der Mädchen Jungfrauen waren, wollte der Rektor, der sich nicht sicher sein konnte, sie zu einer erneuten Kontrolle in ein anderes Krankenhaus schicken. Darauf unternahmen die Mädchen einen Selbstmordversuch. Eine der beiden starb an der hohen Dosis Herztabletten. Der Rektor des (islamischen -TI) Imam Hatip Gymnasiums wurde mit zwei Stellvertretern

vom Dienst suspendiert.

Das 15-jährige Mädchen in Ula beging Selbstmord, nachdem der Rektor den Vater des Mädchens zu sich gerufen hatte und ihm erklärte, daß seine Tochter möglicherweise keine Jungfrau mehr sei. Bei der Autopsie des Mädchens stellte sich heraus, daß sie Jungfrau war. Gegen die Leitung des Atatürk Gymnasiums in Ula wurde eine Untersuchung eröffnet.

10.5.92

### GENERALSTAB BEZWEIFELT RÄUMUNG DER PKK-LAGER

Der Generalstab hält Nachrichten, daß die PKK ihr Ausbildungslager in

der Bekaa geräumt hat, nicht für realistisch. Die PKK versuche nur, es so aussehen zu lassen, als sei sie abgezogen, die PKK habe aber in der Bekaa mehr Lager als nur eines. Es sei auch nicht glaubhaft, daß Apo sich in Südzyprien niedergelassen habe.

### GROSSE FRAUENPROTESTE

Verschiedene Frauenorganisationen protestierten gegen Jungfräulichkeitskontrollen. (Aufgrund dieser Kontrollen hatten sich in den letzten Tagen zwei Schülerinnen das Leben genommen.) Dies sei eine reaktionäre Geisteshaltung und der Beweis dafür, daß Frauen lediglich als Sexualobjekt betrachtet würden. Die Kontrolle sei eine erniedrigende Prozedur und in äußerstem Maße schädlich für die psychische Situation junger Mädchen.

14.5.92

### MANDELA WEIST FRIEDENSPREIS ZURÜCK

Nelson Mandela hat den Atatürk

Friedenspreis, der ihm verliehen werden sollte, wegen der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zurückgewiesen. Die aus der HEP stammenden und aus der SHP ausgetretenen 14 unabhängigen Abgeordneten bedankten sich beim Vorsitzenden des Afrikanischen Nationalcongress für diese Haltung. Der HEP Generalsekretär Kemal Okutan beglückwünschte Mandela.

### PROZESS IN IZMIR GEGEN 1.MAI DEMONSTRANTEN

Gegen die 33 Personen, die im Anschluß an eine Maikundgebung in Izmir festgenommen worden waren, wurde ein Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht eröffnet. Die Staatsanwaltschaft fordert bis zu 5 Jahren Gefängnis. Die Demonstranten hätten nach Beendigung der Kundgebung trotz Aufforderung den Kundgebungsplatz nicht verlassen und Transparente aufgezogen mit den Aufschriften wie Es lebe die Brüderlichkeit der türkischen und kurdischen Völker, Die Folterer werden zur Rechenschaft gezogen, Kurdistan wird das Grab des Faschismus...

### PROZESS IN IZMIR GEGEN 1.MAI DEMONSTRANTEN

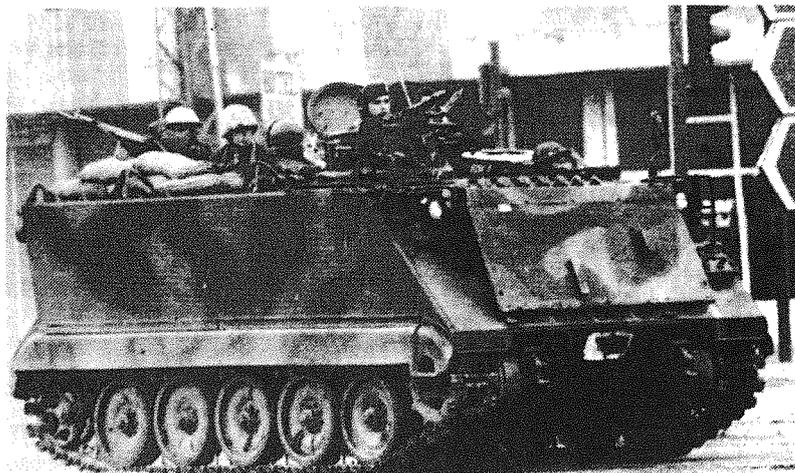
Gegen die 33 Personen, die im Anschluß an eine Maikundgebung in Izmir festgenommen worden waren, wurde ein Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht eröffnet. Die Staatsanwaltschaft fordert bis zu 5 Jahren Gefängnis. Die Demonstranten hätten nach Beendigung der Kundgebung trotz Aufforderung den Kundgebungsplatz nicht verlassen und Transparente aufgezogen mit den Aufschriften wie Es lebe die Brüderlichkeit der türkischen und kurdischen Völker, Die Folterer werden zur Rechenschaft gezogen, Kurdistan wird das Grab des Faschismus...

### ERSTE AKTIONEN DER IN TARIM-IS ORGANISIERTEN

Nachdem die Landwirtschaftsgewerkschaft Tarim Is den Streik für die 25 600 in ihr organisierten ArbeiterInnen (ffentlicher Sektor) beschlossen hat, begannen diese gestern mit den ersten Aktionen. Die 25 600 ArbeiterInnen organisierten gestern einen Kantinenboykott.

### AUSSENMINISTERIUM BESTÄTIGT PKK ABZUG AUS SYRIEN

Das Außenministerium bestätigte Meldung, daß die PKK ihr Lager in der unter syrischer Kontrolle befindli-



chen Bekaa geräumt habe. Man befürchte jedoch, daß sich die Terroristen immer noch im Libanon verschanzt hätten.

16.5.92

### ÜBERFALL AUF JANDARMAWACHE

Nach ersten Angaben sind bei einem Überfall der PKK auf eine Gendarmeriewache in Tasdelen/Uludere 6 Soldaten und 6 PKK'ler getötet worden. Die Gefechte dauern an.

17.5.92

### KRIEGSSCHAUPLATZ SÜDOSTEN

Die Anzahl der bei dem PKK-Angriff auf die Jandarmawache in Tasdelen getöteten Soldaten ist auf 27 gestiegen. Bei den Gefechten starben 36 PKK'ler. Nach den Gefechten sollen einige Soldaten entführt worden sein. Die auf den Angriff hin durchgeführten grenzüberschreitenden Operationen im Nordirak dauern an. Die eingesetzten Kampfflugzeuge starteten gestern 10 mal und konnten 6-7 Lastwagen vernichten, die PKK'ler an die Grenze der Türkei brachten.

Bei der Explosion einer von der PKK gelegten Mine im Bezirk Savur wurden 2 Insassen eines Minibusses getötet, 5 weitere verletzt. Der seit 6 Tagen vermißte Dorfvorsteher von Gzpinar, Masum Ayaz, ist vorgestern zusammen mit seinem Neffen ermordet aufgefunden worden. Ayaz war der Bürgermeisterkandidat der SHP.

18.5.92

### OPERATION IM NORDIRAK BEENDET

Innenminister Sezgin erklärte ge-

stern, daß bei dem PKK-Angriff auf die Jandarmawache in Tasdelen insgesamt 29 Soldaten getötet worden seien, 40 PKK'ler habe man tot gefaßt. Da die PKK'ler ihre Toten immer wegbrächten, betrage die Anzahl der getöteten PKK'ler vermutlich über 100. Die Operation im Nordirak sei beendet.

Bei Operationen bei Sirvan seien 7 PKK-Militante getötet worden, davon eine Frau.

20.5.92

### HÄRTERE SPRACHE GEGENÜBER ARMENIEN

Die Türkei beschwert sich darüber, daß die internationalen Institutionen gegenüber den armenischen Angriffen nicht wirkungsvoll seien. Ein Vertreter des Generalstabs, der an der Sitzung des Ministerrates in Ankara teilnahm, erklärte die Lage in Armenien aus militärischem Gesichtspunkt. Die Minister, die die Erklärung des Außenministeriums zu weich fanden, verfassten eine andere Erklärung, die Armenien in scharfer Weise ermahnte und brachten zur Sprache, daß die Türkei einen militärischen Eingriff unternehmen könne.

### ZIVILE PKK'LER GETÖTET

Der SHP Abgeordnete Alinak kritisierte, daß bei der Operation an der Grenze zum Irak in den letzten Tagen eine große Anzahl von Zivilpersonen mit der Begründung sie seien PKK'ler getötet worden seien. So seien u.a. ein 16- und ein 65-jähriger auf der Kommandantur standrechtlich erschossen worden.

22.5.92

### 2 ENGLISCHE DIPLOMATEN AUS CIZRE AUSGEWIESEN

2 englische Diplomaten wurden kurz

nach Betreten eines Hotels in Cizre von 3 politischen Polizisten mit Gewalt gezwungen, die Stadt zu verlassen. Die Polizisten erklärten, die beiden Diplomaten hätten auf Anweisung des Gouverneurs von Sirnak die Stadt sofort zu verlassen. Nachdem die Diplomaten sich weigerten, wurden sie von den Polizisten auf die Arme geschlagen und aus dem Hotel getrieben. Es wurde ihnen nicht gestattet, ihre Botschaft anzurufen. Die Diplomaten hatten vorgestern in Sirnak Gespräche mit Zuständigen der Gouvernatur und mit der Bevölkerung geführt.

Der Berichterstatter von amnesty für die Türkei, Conattan Sugden, wurde gestern früh im Bezirk Ergani/Diyarbakir von Anti-Terroreinheiten ohne Angabe von Gründen festgenommen und zum Verhär nach Diyarbakir gebracht. Auf Protest der Zentrale von ai, der Menschenrechtsstiftung und einiger Abgeordneter beim Staatspräsidenten und Innenminister hin, wurde Sugden nachmittags wieder freigelassen.

**23.5.92**

### JUSTIZREFORM IM PARLAMENT ANGENOMMEN

Die als Justizreform bezeichneten Gesetzesveränderungen im Strafprozeßgesetz, im Gesetz über Struktur und Verfahren der Staatssicherheitsgerichte und im Terrorbekämpfungsgesetz, die vor allem darauf abzielen, die in der Türkei weit verbreiteten Folterbehauptungen zu beseitigen und die Rechtssprechung den Grundsätzen der Menschenrechte anzupassen, wurden im Parlament verabschiedet. (Das Gesetz ist damit noch nicht in Kraft-TI) Die wichtigsten Veränderungen sind folgende:

\* Eine Person hat das Recht, nach ihrer Festnahme in jeder Stufe des Verhär einen Anwalt zuzuziehen. Wenn sie kein Geld hat, wird auf Staatskosten über die Anwaltskammer ein Pflichtverteidiger gestellt.

\* Um der Folter vorzubeugen, wird die Möglichkeit beseitigt, die Verhäre vor Gericht als Beweis zu verwenden, die unter Folter geführt wurden. Man erwartet, daß dies und die Zuziehung eines Anwaltes einen großen Teil der Folterbeschwerden beseitigen wird.

\* Die Kürzung der Dauer der Polizeihäft auf 24 Stunden bei normalen Straftaten und 4 Tagen bei gemeinschaftlichen Vergehén (politische - TI) sowie die Kürzung der U-Haft auf höchstens 6 Monate während der Voruntersuchungen und auf 2 Jahre nach Eröffnung des Prozesses (bei Vergehén mit einer Strafe mit einer Untergrenze von bis zu 7 Jahren),

zielen darauf ab, eine Bestrafung ohne Gerichtsurteil zu beseitigen. (Bei Vergehén mit einer Strafuntergrenze ab 7 Jahren oder Todesstrafe entscheidet der Richter über eine Fortsetzung der U-Haft). Die Zeitdauer wurde nach internationalen Verträgen festgelegt. Lediglich bei gemeinschaftlichen Vergehén kann, wenn die Haftdauer für das Verhär nicht ausreicht, auf Gerichtsbeschluß hin, eine Verlängerung der Festnahmedauer um weitere 4 Tage verfügt werden.

**24.5.92**

### SCHWANGERE GEFOLTERT

Die 23-jährige Krankenschwester Nazli Top wurde am 27.4. auf dem Nachhauseweg von ihrer Arbeitsstelle an einer Straßensperre festgenommen. Am selben Tag war von einer Brücke aus ein Bus der Anti-Terror-Einheiten beschossen und 8 Polizisten verletzt worden. Auf der Polizeiwache in Bahcelievler/

bunden... Ich wurde auf einen Stuhl gesetzt, meine Arme wurden von hinten von 2 Personen festgehalten. Ich sagte, daß ich einen Anwalt wünsche... Sie bedrohten mich mit Worten wie 'Die Gesetze sind auf unserer Seite. Wir machen mit dir, was wir wollen und wenn wir wollen, ften wir dich und schmeißen deine Leiche auf irgendeinen Friedhof. Niemand zieht uns zur Rechenschaft'. Sie gaben mir Strom an den Fingern und Zehen. Ununterbrochen schlugen, beschimpften und beleidigten sie mich. Nach der Folter, die die ganze Nacht andauerte, wurde sie in einen von den Polizisten Operationsaal genannten Raum gebracht und mußte sich ausziehen. Sie wurde an den Armen aufgehängt und mit Strom an den Händen, Füßen, Brüsten und Geschlechtsorganen gefoltert. Ständig schlug man sie mit den Worten 'Bist du schwanger?' in den Bauch. Dann wurde sie mit einem Knüppel und einer Flasche vergewaltigt. In den ersten 4 der 10 Tage, die sie in der politischen Abteilung verbrachte, wurde Nazli



Istanbul wurde sie 3 Stunden lang geschlagen, weil sie in Tunceli geboren ist, sich in ihrer Tasche eine Beitragsquittung für die Gesundheitsgewerkschaft befindet, und sie der Personenbeschreibung einer der an dem Überfall beteiligten Personen ähnelt. Nachdem sie erklärte, daß sie im 3. Monat schwanger sei, wurde sie auf den Rücken, den Bauch und den Kopf geschlagen. Danach wurde sie in ein Auto verladen und während der Fahrt durch die Stadt von 4-5 Polizisten geschlagen. Die Vorfälle nach ihrer Ankunft in der politischen Abteilung der Polizei schildert sie so: ...sie haben mir mit einem dicken Tuch die Augen ver-

Top intensiv gefoltert. Nachdem sie sich weigerte, eine Aussage zu machen, wurde sie am 7. Mai, nach 10 Tagen, vor das Staatssicherheitsgericht gebracht und von diesem freigelassen.

**25.5.92**

### HOHE GELDSTRAFE FÜR BESIKCI

Der Soziologe Ismail Besikci und sein Verleger Ünsal Öztürk wurden vom

Staatssicherheitsgericht Ankara nach 8/2 Anti-Terrorgesetz für jedes der 9 Bücher, über die verhandelt wurde, zu je 100 Mio Geldstrafe verurteilt. Die Gesamtstrafe beläuft sich auf 900 Mio TL (fast 300 000 DM). Die Strafe muß innerhalb von 10 Tagen bezahlt werden, da sie sich sonst um die Hälfte erhöhen kann. Die Begründung für die Strafe ist Propaganda gegen die Unteilbarkeit des Landes und der Bevölkerung des Staates. Bisher waren wegen 13 seiner 14 Bücher, die sich alle mit dem Kurdenproblem befassen, gegen Besikci Prozesse eröffnet worden. 9 seiner Bücher wurden konfisziert.

**26.5.92**

### WIEDER BLUTIGER TAG IM SÜDOSTEN

Bei Kämpfen zwischen PKK'ern und Sicherheitskräften in verschiedenen Bezirken wurden 2 Offiziere und 5 Soldaten, sowie 8 PKK'ler getötet.

**27.5.92**

### HUNGERSTREIK IN ANKARA

Im geschlossenen Zentralgefängnis Ankara haben 34 Gefangene aus den Organisationen Dev-Sol, TDKP und PKK, darunter 4 Frauen, einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Sie wollen ihren Hungerstreik fortführen, bis sie ihre natürlichsten Menschenrechte erhalten.

### YENI ÜLKE KONFISZIERT

Die Ausgabe der Wochenzeitschrift Yeni Ülke vom 24. Mai wurde vom Staatssicherheitsgericht wegen Propaganda für die illegale PKK konfisziert.

### UNIVERSITÄTSBESETZUNG

An der Innü Universität in Malatya haben linke und rechte Studenten eine Fakultät besetzt. Seit einer Woche war es zu Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Studenten gekommen, die vorgestern in Prügeleien mit Steinen und Knüppeln ausarteten. Nach der Besetzung griff die Polizei ein und nahm 52 Studenten fest.

**28.5.92**

### WOHIN GEHT DIE LIRA?

Der Wert der türkischen Lira ist im Vergleich zum US-Dollar seit Republikgründung 1923 um das 7777-fache gesunken. Während 1980 ein Dollar 70 TL betrug, sind es heute nur noch 7000 TL.

### GÜRES: EIN KRIEG, DER NICHT SO GENANNT WIRD

Generalstabschef Güres erklärte, daß die PKK vorgestern Nacht mit 600 aus dem Irak kommenden Militanten die Grenzwahe Üzümlü im Bezirk Cukurca angegriffen habe. Bei dem Zwischenfall seien 2 Offiziere, 12 Soldaten und ein Dorfschützer getötet worden. Nach den Gefechten habe man die Leichen von 10 Terroristen gefunden. Es habe aber wesentlich mehr Tote gegeben, da die Terroristen ihre Leichen immer mitnehmen würden. Güres bewertete die Vorfälle in den letzten Tagen im Südosten: Hier gibt es einen Krieg, der nicht so genannt wird.

**29.5.92**

### PKK-ANGRIFF

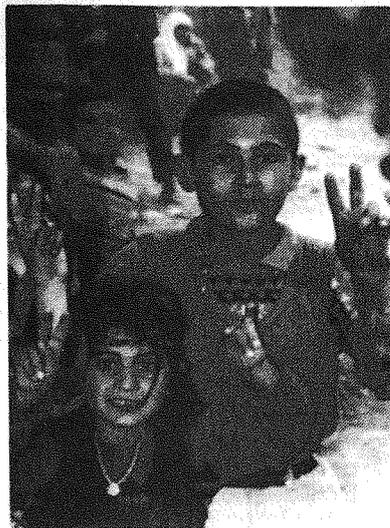
Eine Gruppe von 200 PKK'ern griff gestern eine Gendarmenwache in dem Dorf Gülpınar an. 8 Soldaten wurden bei dem Angriff getötet, 10 Soldaten verletzt. Die darauffolgende Operation mit Hubschraubern und Panzern dauert an. Es habe auch Tote bei den PKK'ern gegeben, die Zahl sei aber noch ungewiß.

Bei Kämpfen bei Mus wurden 5 PKK'ler getötet.

### 15 000 LANDWIRTSCHAFTS-ARBEITER IM STREIK

Gestern begann der erste große Streik des Jahres. 15 000 Arbeiter der Landwirtschaftsgewerkschaft traten in den Streik, nachdem die Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeber, dem Landwirtschafts- und Dorfministerium gescheitert waren.

In Istanbul gingen gestern tausende Stadtangestellte aus Protest gegen die Nichteinigung bei den Tarifverhandlungen zum kollektiven Arztbesuch.



**30.5.92**

### ALINAK UND UYANIK AUS DER SHP AUSGETRETEN

Die ursprünglich aus der HEP stammenden Abgeordneten Mahmut Alinak und Mahmut Uyanik sind aus der SHP ausgetreten. Sie beschuldigten die SHP-Führung, die Partei an die DYP vermietet zu haben und den Notar des Nationalen Sicherheitsrates zu spielen. Damit ist die Zahl der aus der HEP stammenden unabhängigen Abgeordneten auf 18 gestiegen. Um eine Fraktion im Parlament bilden zu können, müssen sie 20 Abgeordnete haben. Man erwartet, daß 4 weitere aus dem Südosten stammende Abgeordnete, 2 aus der SHP, 2 aus der ANAP aus ihren Parteien austreten.

### VON STAHL: PKK TERROR VON DEUTSCHLAND AUS GESTEUERT

Der deutsche Bundesstaatsanwalt Alexander von Stahl teilte mit, daß die Übergriffe und Aktionen der Terrororganisation PKK in Europa von Deutschland aus gesteuert würden. Nachdem sich die RAF von Gewaltaktionen entfernt habe, hätten kurdische, irische und serbische Terrororganisationen in Deutschland ihre Aktivitäten verstärkt. Er sehe unter diesen vor allem die PKK als besonders gefährliche Terrororganisation an.

**31.5.92**

### SOS IN DER WIRTSCHAFT

Seit April hat die Jahresinflation 74 % erreicht. Während die Devisenreserven sich um 1,7 Mrd. \$ verringert haben, hat der Staat 106 Trill. TL Innerschulden, die Außenschulden sind über 50 Mrd. \$ gestiegen. Die Zahl der neu gegründeten Firmen verringert sich. Der Außenhandel geht zurück. Die Arbeitsämter verzeichneten bei den Arbeitssuchenden eine Zunahme von 25% in den letzten 6 Monaten. Der Vorsitzende der TOBB (Türk. Kammern und Börsenverein) zeichnete ein pessimistisches Bild. Der Privatsektor erwarte von der Regierung noch energischere und mutigere Schritte. Der Gesetzentwurf zur Sicherheit der Arbeitsplätze (Kündigungsschutz u.a.-Ti) sei außerhalb jeder Vernunft und Logik und sabotiere das türkische Wirtschafts- und Arbeitsleben.

1.6.92

## BEAMTENGEHÄLTER SCHMELZEN

Die hohe Inflation hat bei den 1,2 Mio öffentlichen Bediensteten zu einem hohen Reallohnverlust geführt. Der Reallohnverlust bei den Beamtengehältern in den letzten 5 Jahren beträgt bei den niedrigen Gehältern 80 % bei den hohen Gehältern 57 %. D.h. 100 Lira die ein Beamte 1984 verdiente, sind heute noch 20 Lira wert. Die Kaufkraft der Beamten ging von 1980 bis 1989 ständig zurück. Ein 1979 mit 100 angenommener Reallohnindex, betrug 1988 47 und stieg 1990 wieder auf 61,3. Durch die hohen Gehaltserhöhungen im Wahljahr 1991 konnte dieser Index gehalten werden. In der gleichen Zeit konnte, obwohl die Verluste der Beamten in einem gewissen Maß beseitigt zu werden schienen, die reale Kaufkraft nicht die Ebene von der Hälfte von 1980 überschreiten, denn die Inflation bei den Verbraucherpreisen betrug 1991 71,1%. Durch die seit 1980 durchgeführte Wirtschaftspolitik und die hohe Inflation sank der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger am Nationaleinkommen von 32,8 % im Jahre 1979 auf 14 % im Jahre 1988.

Auch die Unterschiede zwischen den Einkommen hoher und niedriger Beamter haben sich durch das Gehaltssystem stark vergrößert. Außerdem werden bestimmte Bereiche des öffentlichen Dienstes durch Nebenzahlungen bevorzugt, so z.B. Bedienstete im Polizei und Religionsdienst.

Die Unterschiede zwischen Arbeitern und Beamten haben beunruhigende Ausmaße erreicht. So erhält z.B. ein ungelernter Büroarbeiter mit

Grundschulabschluß einschließlich Zusatzzahlungen und Sozialleistungen 5,5-6 Mio. TL Netto im Monat. Ein Staatsbeamter, der die gleiche Arbeit verrichtet, erhält ca 1,5 Mio TL Nettogehalt.

2.6.92

## STREIK IN DER LANDWIRTSCHAFT AUSGESETZT

Die Aussetzung des Streikes bei den Landwirtschaftsarbeitern für 60 Tage durch den Ministerrat rief Diskussionen darüber hervor, ob dieser seine gesetzlichen Möglichkeiten ungerechtfertigt und mißbräuchlich eingesetzt habe. Die Regierung ist mit dieser Entscheidung in eine schwierige, widersprüchliche Lage gekommen, da sie in ihrem Programm und im Koalitionsprotokoll festgelegt hat, daß das Recht des Ministerrates, Streiks auszusetzen, gegen die Grundsätze der ILO verstößt und es deshalb aufzuheben sei. Nun wendet sie dieses Recht an. Die Landwirtschaftsgewerkschaft Tarım-İs ging gegen die Entscheidung vor das Verwaltungsgericht.

4.6.92

## SCHWERE BESCHULDIGUNGEN AN ÖZAL

Der Präsident der Untersuchungskommission des Parlamentes für Scheinexporte erhebt schwere Vorwürfe gegen Staatspräsident Özal. Özal habe während seiner Zeit als Ministerpräsident mit seinen Bekanntmachungen und Verfügungen die Scheinexporte unterstützt. Er habe die Ausschüsse, die Unregelmäßigkeiten untersuchten, zur Untätigkeit veranlaßt. Er habe die gefor-

derte Genehmigung, die Scheinexporte des Vorsitzenden der Kontrollkommission des Ministerialpräsidiums zu untersuchen, um 1,5 Jahre hinausgezögert. Er habe verursacht, daß 950 Berichte in Zusammenhang mit 450 Firmen, die Scheinexporte getätigt hatten, verjährten.

Damit Özal wegen seines Vorgehens vor den Staatsgerichtshof gestellt werden kann, muß entweder das Ende seiner Dienstzeit als Staatspräsident abgewartet werden, oder er muß mit drei Viertel der Stimmen des Parlamentes wegen Landesverrates aus dem Dienst entlassen werden.

## SCHLÄGE, EINZELHAFT UND ZEITUNGSVERBOT

Der Hungerstreik von 29 Gefangenen im Geschlossenen Zentragefängnis in Ankara, gegen Folter, gegen kontrollierten und zu kurzen Besuch, gegen das Buch- und Zeitungsverbot und das Verbot, den Arzt aufzusuchen dauert nun den 9. Tag an. Die Anwälte und Angehörigen erklärten, daß trotz aller Anträge keine Besserung zustande gekommen sei und ihnen nicht einmal eine Erklärung abgegeben worden sei. Der Anwalt Murat Demir erklärte, daß die Gefangene gefoltert würden und wegen ihrer Folterverletzungen nicht den Arzt aufsuchen dürften. Man habe sogar dem Baby einer Mutter im Frauentrakt aufgrund der Verbote keine Babynahrung gegeben. Einer der Hauptgründe der Repressionen und Folter in dem Gefängnis sei, daß man in der Hauptsache Wächter und Beamte, die aus der faschistischen MHP stammten, eingestellt habe.



# ak...

## ... damit das Kapital nicht das letzte Wort behält

Seit 20 Jahren  
berichten, dokumentieren und kommentieren wir u.a.:

- Nazi-Terror und alltäglichen Rassismus
- Klassenjustiz
- die Situation nach dem Zerfall der Sowjetunion
- den Kampf gegen § 218
- die Frauenbewegung in Ost und West
- Linke Debatte um das Ende des „realen Sozialismus“ und die Folgen
- Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“
- und und und ...

Der **ak** erscheint vierwöchentlich im 20. Jahr. Er kostet DM 6 und ist in allen linken Buchläden und gut sortierten Zeitschriftenläden erhältlich. Oder direkt bei der

**Hamburger Satz- und Verlagskooperative**  
Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36, Tel. 040 / 43 53 20

Der **ak** kostet im Abonnement: jährlich DM 72; halbjährlich DM 38

Für AbonnentInnen in der (ex-)DDR: jährlich DM 60; halbjährlich DM 33

Einzelbestellungen: DM 6 + DM 1 Porto

Kostenloses Probeexemplar bestellen!

## blätter des iz3w

Informationszentrum dritte Welt-iz3w

- Seit über zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik...
- Nachrichten und Analysen zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung...
- Gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute

### Themenschwerpunkte der letzten Hefte:

- Afrika im Aufbruch (Nr. 176)
- Transnationale Konzerne (Nr. 177)
- Nationalismus (Nr. 178)
- Tourismus und Menschenrechte (Nr. 179)
- Neu: Kolonialismus III (Nr. 180, März '92)
- ECO/UNCED (Nr. 181, Mai '92)

8 mal im Jahr für 48 Mark  
Einzelheft 6 DM + 1,80 Porto  
Materialliste anfordern!  
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

## ICH MÖCHTE DIE TÜRKEI INFORMATION ABONNIEREN!

Name: .....

Anschrift: .....

KOPIEREN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationbüro  
Postfach 91 08 43  
D- 3000 Hannover 91

+  
ABO-GELD ÜBERWEISEN:

Postgiroamt Hannover  
Ktn.: 569725 - 304 BLZ: 250 100 30

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,  
Jahresabopreis DM 25.-, Förderabo: Ab DM 30.-

КОПІЯ ДІЯ МІСЦЕВА А ПОСТЕ ЕЛ ПУЕНТЕ І ПОСТЕ МОСТ

## DIE BRÜCKE

NACHRICHTEN • MEINUNGEN • KULTUR  
FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND VOLKERVERSTÄNDIGUNG

DISKUSSIONSFORUM  
GEGEN NORMIERTES DENKEN UND  
ZEITGEIST-STRÖMUNGEN

**DIE BRÜCKE** erscheint seit acht Jahren zweimonatlich regelmäßig und wird im In- und Ausland gelesen. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten gehören: das schwierige Verhältnis Deutschlands zu seinen eingewanderten Minderheiten, der Umgang mit Menschenrechten in West-Europa, Flucht und Volkwanderung, Themen des alltäglichen und strukturellen Rassismus und Ethnozentrismus sowie Bereiche der interkulturellen Begegnung.

**DIE BRÜCKE** bietet in einem kommentierten Nachrichtenteil und einer umfassenden Medienschau einen Überblick über die aktuelle Diskussion.

**DIE BRÜCKE** ist Sprachrohr für alle Beteiligten, entwickelt und verändert sich mit den Interessen ihrer Leserschaft, von der sie auch gestaltet und getragen wird. Unbequeme Meinungen und Streitkultur sind ihre Grundelemente.

**DIE BRÜCKE** freut sich über jedes neue Interesse. Kontaktaufnahme und Probehefte über:

**DIE BRÜCKE**  
Riottestraße 16 • 6600 Saarbrücken 3  
Tel. 0681/390 58 50 oder 81 72 32